

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posen Zeitung.

Zweihundertseitigster Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Büros der Posen Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Grapski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt, und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Castorf; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel; Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen; Rudolf Wosz; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; A. Albrecht, Zeitungs-Agnoncien-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freynd; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 2. Juni. Se. M. der König haben Allernächst geruht: Den R. dänischen Konferenz-Rath Madvig in Kopenhagen zum auswärtigen Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu ernennen; dem Präfekten der See-Alpen, Gavini de Campile zu Nizza, den R. Kronen-Orden I. Kl., dem Obersten Vizomte de Grandsaigne, Adjutanten des Fürsten von Monaco, den R. Kronen-Orden II. Kl. mit dem Stern, dem General-Sekretär der See-Alpen, Mandouin-Berthier zu Nizza, und dem Maire von Menton, de Monéon, den R. Kronen-Orden III. Kl., dem Konsul des Norddeutschen Bundes, Flörés in Nizza, den R. Kronen-Orden IV. Kl., sowie dem Dom-Kapitular Kaiser in Nizza und dem Dr. med. Steige zu Menton den Rother Adler Orden IV. Kl. zu verleihen; das Mitglied der R. Direktion der Westfälischen Eisenbahn, Assessor D' Avis in Münster, zum Reg.-Rath; und den Rittergutsbesitzer, Reg.-Assessor v. Drehler, zum Landrat des Kreises Heiligenbeil, Reg.-Bez. Königberg, zu ernennen.

Denkblatt.

Berlin, 2. Juni. Graf Bismarck ist noch nicht so weit hergestellt, daß er das Zollparlament eröffnen kann. Wie man hört, ist es ein latrathalischer Leiden, welches den Bundeskanzler befallen hat und wird, der "Prov.-Korr." zufolge, die Gründung durch den Präsidenten des Bundeskanzleramts, Herrn Delbrück, geschehen. — Die heutige "Prov.-Korr." wendet sich mit ihren Betrachtungen auch dem Resultate der französischen Wahlen zu, wobei sie im Wesentlichen dieselben Gesichtspunkte geltend macht, die wir bereits an dieser Stelle gekennzeichnet haben. — Am 31. Mai ist Hr. v. Gehler, Schwager unseres Kultusministers, ehemaliger Minister in Anhalt und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses auf seinem Gute Siehtau bei Gardelegen vom Schlag getroffen und gestorben und hat sich Hr. v. Mühlner zum Begräbniß dorthin begeben. Er wird aber morgen wieder hier erwartet. — In Folge mehrfacher Auseinandisungen, wie den bisherigen Mängeln der Zollvereinstatistik abgeholfen werden könnte, haben sich die betreffenden Zollvereins-Bundeskantorenausschüsse dahin erklärt, daß 1) eine Kommission aus geeigneten Beamten gebildet werde mit der Aufgabe, Vorschläge darüber zu machen, in welcher Weise den Mängeln der Zollvereinstatistik abzuheilen sei und in welcher Richtung derselben mit Einschluß der Volkszählung eine weitere Ausbildung zu geben sein möchte; 2) daß den Regierungen des Zollvereins eine Theilnahme an den Erörterungen durch von ihnen zu entsendende Kommissare anheimgestellt werde; 3) daß die Kommission in Berlin an einem gewissen, von dem Präsidiuム zu bestimmenden Tage zusammenentrete; 4) daß die Kommission veranlaßt werde, zu ihren Erörterungen statistische Fachmänner und sonst geeignete Sachverständige hinzuzuziehen. — Die Hauptbestimmungen des dem Bundesratthe vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung der Eisenbahnreisenden, enthalten Folgendes: Die Steuer wird 10 p.C. des Fahrpreises betragen; steuerfrei sind Diejenigen, welche kein Fahrgeld, oder die Militärpersonen, die ein ermäßiges Fahrgeld bezahlen. Die Erhebung und Abführung der Steuer geschieht durch die Eisenbahnen und erhalten diese dafür eine Remuneration von 3 p.C. Auch das Reisegepäck, welches einen Frachtag zahlt, unterliegt der Steuer. Ebenso die Extrazüge; doch wird bei diesen die Steuer nicht von einzelnen Passagieren, sondern vom Gesamtbetrag des Extrazugpreises erhoben. Die Motive stützen sich auf das glänzende Resultat dieser Steuer in Frankreich, wo sie 1868 32 Mill. Frs. und in England, wo sie in demselben Jahre 463,000 Pfds. St. abwarf. Nach einem ungefähren Ueberschlag dürfte sie im Gebiete des Nordbundes 3½ Mill. Thlr. nach Abzug der Erhebungskosten 3,350,000 Thlr. betragen. — Von dem Zentralbüro des Zollvereins ist die provisorische Abrechnung über die gemeinschaftliche Einnahme der Salzsteuer im Zollverein für das erste Quartal dieses Jahres ausgegeben. Es wurde bei den Salzsteuerstellen auf den Salzwerken 607,811 Str. und bei den nicht auf Salzwerksorten befindlichen Steuerämtern 443,184 Str. Salz versteuert oder steuerfrei verabfolgt. Es erwuchs hieraus eine Bruttoeinnahme von 2,101,583 Thlr. Hierauf ist eine Ausgabe von 14,849 Thlr. in Abrechnung zu bringen, so daß zur gemeinschaftlichen Theilnahme 2,684,734 Thlr. zu stellen sind. Es haben eingenommen von der Summe: der Nordbund 1,487,790 Thlr., Bayern 349,681 Thlr., Württemberg 118,339 Thlr., Baden 99,369 Thlr., Hessen 31,520 Thlr. Von der Einnahme erhalten als Anteil nach dem Verhältniß der Bevölkerung: der Nordbund 1,606,884 Thlr., Luxemburg 10,894, Bayern 263,187, Württemberg 96,889, Baden 78,100, Hessen 30,780. Es empfangen: der Nordbund für sich und Luxemburg von Bayern 86,494, Württemberg 21,480, Baden 21,289, Hessen 745, im Ganzen 129,988 Thlr., von welcher Summe Luxemburg vom Nordbund 10,894 Thlr. erhält. — Das Offizierkorps der Marine des Nordbundes bestand am 1. Januar 1869 aus 316 Mitgliedern. 1 Admiral mit dem Range eines Kommandirenden Generals, 1 Vize-Admiral mit dem Range eines General-Lieutenants, 2 Kontre-Admirale mit dem Range eines General-Majors, 15 Kapitäne zur See im Range eines Obersten, 19 Korvetten-Kapitäne mit dem Range eines Majors, 35 Kapitan-Lieutenants mit dem Range von Hauptleutnant, 47 Lieutenants zur See mit dem Range des Premier-Lieutenants, 32 Unterlieutenants zur See mit dem Range der Sekondlieutenants, 120 See-Kadetten mit dem Range eines

Fähnrichs, 54 Kadetten mit dem Range eines Gemeinen. — Nach Berichten aus Honolulu wurde dasselbe am 22. März der Geburtstag unseres Königs allgemein sehr festlich begangen. Alle Schiffe im Hafen hatten gefeiert. Die Repräsentanten der fremden Mächte, Offiziere der Kriegsschiffe und andere hervorragende Persönlichkeiten begaben sich früh zur Gratulation zum Konsul des Nord-Bundes. Derselbe gab ein Dejeuner, dem der Finanzminister, der Minister des Innern, der Gouverneur Dominis, das diplomatische Corps und sonstige Notabilitäten bewohnten. Den ersten Toast brachte der Gouverneur auf das Wohl Sr. Majestät König Wilhelm als Protektor des Nord-Bundes, den folgenden der Konsul auf Kamehameha V. aus. Das im Hafen liegende nordamerikanische Kriegsschiff Mississippi schloß sich der Feier des Tages durch Flaggen schmuck u. s. w. an. Der Kommandant derselben war ebenfalls bei dem Dejeuner.

— Die Agenten für Auswanderung nach Amerika, namentlich nach den ehemaligen Sklavenstaaten, betreiben jetzt ihr Geschäft sehr lebhaft und machen große Versprechen. Es kann nicht genug vor leichtfertigen Engagements nach dort gewarnt werden.

Berlin, 2. Juni. Daß die "Kreuzztg." und deren einflußreiche Gönner dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes nicht besonders grün sind, ist nichts Neues und infolfern hat auch die gestrige ziemlich lecke Bemerkung des feudalen Blattes über die neutrale Stellung, die Herr Delbrück bei der Beratung der Steuervorlagen einnehme, nichts besonders Ueberraschendes. Indes hat dieselbe in parlamentarischen und bundesrathählichen Kreisen doch eine gewisse Sensation erregt. Es kann nicht fehlen, daß man dieselbe in Verbindung mit anderen Vorgängen bringt und daß das niemals zum Schweigen gebrachte Gerücht einer Spannung zwischen dem Finanzminister und dem Bundeskanzler selbst durch einen derartigen Angriff auf den obersten Beamten des Bundeskanzleramtes neue Nahrung erhält. Wie weit dasselbe überhaupt begründet wird, sich lassen wohl erst viel später erweisen lass-n. Man darf nicht übersehen, daß die "Kreuzztg." gegenwärtig einen äußerst strammen Reaktionstross steuert und die Zeit für günstig erachtet durch fortwährende Konflikts-An drohungen und Beschwörungen der liberalen Partei eine Einschüchterung auf die schwankenden oder durch ihre Stellung mehr oder weniger abhängigen Elementen auszuüben. Es liegt nahe, daß man Hrn. Delbrück, indem man ihn mit etwas Ekel denunziert, ungefähr in dieselbe Situation verlegen möchte wie s. B. Hrn. Leonhardt, der sich von dem Verdacht liberaler Neigungen und von der Gefahr, die Sympathien der Linken zu besiegen, erst durch eine besondere Erklärung, gewissermaßen einen Reinigungseid, loslassen mußte. Herr Delbrück wird sich indef-
fens dazu schwerlich bewegen fühlen. Daß er im Punkt der Finanzpolitik abweichende Anschauungen von denen des gegenwärtigen Leiters der preußischen Finanzen unterhält, ist kein Geheimniß und kann ihm noch weniger zum Vorwurf gereichen; seine neutrale Stellung bei der Beratung des Reichstags ist aber ohnehin durch seine amtliche Stellung vollkommen gerechtfertigt, da ihm diese wenigstens nicht unmittelbar die Verpflichtung auferlegt, die technische Vertheidigung der Vorschläge des preußischen Finanzministeriums, auch nicht wenn dieselbe die Billigung des Bundesrathes erlangt haben, zu führen. — Herr Hofmann, der hessische Bundeskommissar, rechtfertigt sich heute in einer sehr vernünftigen Zuschrift an die "Sp. Ztg." gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe des genannten Blattes. Letzteres tritt denn auch mit einem sehr schwachen Rechtfertigungsversuch den Rückzug an, den es sich besser gar nicht auferlegt hätte. Uebrigens ist, wenn wir nicht irren, der Hagensche Antrag im Bundesrath gar nicht zur Verhandlung gekommen, wenigstens ist unseres Wissens nichts davon in die Deffentlichkeit gedrungen. Es handelte sich also gar nicht darum, daß der hessische Bundeskommissar gegenüber der Majorität der Bundesregierungen gewissermaßen an den Reichstag appellirt hätte, was vielleicht als formwidrig, obgleich immer noch nicht als verfassungswidrig, zu betrachten sein würde, sondern er erläuterte lediglich den der Auffassung des Bundes-Präsidiums entgegengesetzten Standpunkt der eigenen Regierung, ehe die Sache formell irgendwie als res judicata betrachtet werden konnte. Welche gehäufigen Folgen übrigens die Verordnung wegen der Befreiung der Militärs theilweise hervorgerufen, geht u. A. aus der gegen dieselben gerichteten Petition des Magistrats von Oldenburg hervor, welcher z. B. mittheilte, daß in Folge der Steuerfreiheit der Offiziere beschlossen worden sei, das Schulgeld der denselben angehörigen Kinder angemessen zu erhöhen. Solche Symptome einer "Stimmung im Volk" gegenüber empfiehlt sich doch nicht die geringshäufige Behandlung, welche die "N. A. Z." allerdings heute noch befürworten zu können glaubt. — Zu den geplanten, einstweilen zwar wieder fall gestellten, möglicherweise aber doch noch einer Auferstehung vorbehaltenden Projekten des Finanzministers gehörte auch das einer Besteuerung der Versicherungspolice. Daß dieselbe ernsthaft ins Auge gesetzt war, geht aus der Thatache hervor, daß vor einiger Zeit an der geeigneten Stelle ziemlich umfassende statistische Erhebungen über den Gegenstand gemacht worden sind, deren Benutzung allerdings einstweilen sistirt worden ist. — Der Reichstag wird nach der "Prov.-Korr." seine Sitzungen noch im

Laufe der Woche schließen und jedenfalls wohl noch die dritte Lesung der Branntweinsteuer erledigen. Ob es dabei, wie man sich theilweise schmeichelt, trotz der Ablehnung der Steuererhöhung etwa durch Streichung des Hoverbeck'schen Amendements noch zu einer Annahme der fakultativen Fabrikatsteuer kommt, erscheint mindestens fraglich. Daß Präsident Delbrück und Geh. R. Scheele sich dafür ausgesprochen haben, unterliegt allerdings keinem Zweifel.

— Das diesjährige Herbstmanöver des ersten preußischen Armeekorps vor dem Könige findet in den Tagen vom 8. bis 18. September in der Umgegend von Braunsberg statt. Die beiden Divisionen (1. und 2.) treffen hierzu am 8. September in ihren Kantonments, und zwar die erste Division in und um Heiligenbeil, die zweite Division in und um Braunsberg ein; die Grenze zwischen beiden Rayons bildet die Bahnau. Das Hauptquartier des Königs befindet sich bis zum 15. Sept. in Königsberg, von da ab, wie schon gemeldet, in Elbing; am 13. September soll bei Heiligenbeil die große Parade des gesamten Armeekorps stattfinden. Die Truppen haben sich auf den vollen Etat zu vervollständigen.

— In der heutigen (4.) Sitzung des Bundesrathes des Zollvereins führte der Präsident des Bundeskanzleramts, Wirk. Geh. Rath Delbrück, auf Grund einer Substitution des Bundeskanzlers den Vorsitz. Die Vorlagen des Präsidiums, betreffend: a) die Tarifirung von gefärbten u. Glassteinen u. s. w., b) die anderweitige Tarifirung von Spangeflechten, c) die Gewährung einer Ausfuhrvergütung für Bonbons, d) die Aenderung der Fassung der Nr. 22 Abtheilung I. des Vereinszolltarifs, e) die Anschaffung eines Zollboots u. s. w. für das Neubenzolamt in Travemünde, wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Es folgte eine Mitteilung Bayerns über den Malzaufschlag und sodann Ausschußberichte über die Präsidialvorlagen, betreffend:

1) Den Handels- und Zollvertrag mit den Vereinigten Staaten, 2) den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Suders, 3) den Handel u. Vertrag mit Japan, 4) den Bostanschlüß der hamburgischen Vorort Moormärkte u. s. w., 5) die Verstärkung des Beamtenpersonals bei den vereinsländischen Hauptämtern zu Lübeck, Bremen und Hamburg etc., ferner über 6) das Verfahren bei Überweisung von Begleitscheingütern durch das Empfangsamt an ein anderes Erledigungsamt, 7) die Anwendung des § 5 des Zollvereingesetzes vom vorigen Jahre auf die Sollager (§ 68 der Bollordnung), 8) die Vorlage des Präsidiums betreffend die Zollcreditfrist, 9) die weitere Ausbildung der Statistik des Zollvereins, 10) die Anstreitung von Gütern, welche unter Abfertigung auf Anfagezettel etc. auf Eisenbahnen transfiltrieren, 11) die Erhöhung der Pferde-Unterhaltungsgelder für die Ober-Zollinspektoren u. s. w. Mehrere an den Bundesrath gerichtete Eingaben wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

— Die vereinigten Ausschüsse des Zollbundesrathes für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen haben, wie die "C. S." meldet, den mit der Schweiz abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag geprüft und einstimmig beschlossen, dem Bundesrath die Zustimmung zum Vertrage nebst Anlagen und Schlusprotokoll anzuerufen.

— Der Antrag der vereinigten Ausschüsse für Zölle und Steuern wie für Handel u. s. w. des Zollbundesrathes über die Zollcreditfristen geht dahin:

Für die Zeit vom 1. Oktober 1870 ab wird die längste Frist zur Berichtigung gestundeter Zollgefälle auf 3 Monate festgelegt. Die Kreditfrist beginnt für die einzelnen Gefällebeträgen mit dem Anfang desjenigen Monats, welcher auf den Monat folgt, in dem jeder einzelnen Gefällebetrag nach dem Gesetz fällig geworden ist, und die Abtragung erfolgt nach Ablauf der bewilligten Frist von Monat zu Monat ohne Rückstift auf Jahres- oder Kassenabschluß. Seden einzelnen Regierung bleibt die sofortige Abtragung der bisher gewährten Kreditfrist und die Überleitung der gegenwärtigen Verhältnisse in das bezeichnete mit der Maßgabe überlassen, daß jedenfalls alle vor dem 1. Oktober 1870 kreditirten Zollbeträge bis zum 1. Januar 1871 baar eingezahlt werden müssen.

— Der bayrische Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe ist Montag Abend zu den Zollparlaments-Verhandlungen aus München hier eingetroffen.

— Die Versetzung von Richtern aus den neuen in die alten Provinzen und umgekehrt, scheint nicht unbedeutende Dimensionen anzunehmen. Die "Ztg. f. Nordd." schreibt darüber:

Es sind neuerdings wieder verschiedenen hannoverschen Obergerichten und Amtsrichtern Stellen als Appellationsgerichts-Räthe resp. Kreisrichter in den alten oder anderen neuen Landesteilen angeboten worden; eine Ablehnung ist unseres Wissens bis jetzt von keiner Seite erfolgt. Man ist in unseren Juristenkreisen allgemein der Ansicht, daß binnen wenigen Jahren, nach der Vollendung der gemeinsamen Norddeutschen Civil-Prozeß-Ordnung und Strafgesetzegebung eine neue gleichmäßige Gerichts-Organisation sei, es für den preußischen Staat, sei es für den Norddeutschen Bund erfolgen wird; bei einer solchen Organisation tritt natürlich das sonst bestehende Widerspruchrecht des einzelnen Richters hinsichtlich seiner Verzung außer Kraft und man hält es deshalb allgemein für gerathen, Anerbietungen, wie die jetzt mehrfach seitens des Justizministers erfolgten, anzunehmen. Die Verzüglichkeiten haben offenbar den Zweck, die Herstellung der Rechtseinheit schon jetzt vorzubereiten, weshalb die erwähnten Anerbietungen auch vorzugsweise begabten Juristen gemacht zu werden scheinen.

— Nach dem Generalkrankenrapport von den im Monat April d. J. ärztlich behandelten Unteroffizieren und Soldaten der 1. Armee sind geheilt 33,261 Mann und 49 Invaliden, gestorben 110 Mann und 5 Invaliden, invalide geworden 59 Mann, dienstuntauglich 195 Mann, andeutung 6 Mann. Es sind demnach von je 456 Kranken: 324 Mann geheilt, 1 Mann gestorben, 128 Mann im Bestande geblieben, 0 invalid, 24 dienstuntauglich geworden. Von den Geforbenen haben gelitten: an Typhus 32, an Lungen-Entzündung 12, an Schwindfieber 33, an Brustfell-Entzündung 3, an Gehirn-Entzündung 4, an Nieren-Entzündung 5, an Herz-Entzündung 3, an Unterleibs-Entzündung 3. Sonst vorgekommene

Krankheiten haben nicht mehr als höchstens je 2 Opfer in der Armee gefordert. Außer den in ärztlicher Behandlung Verstorbenen sind in der Armee noch 33 Todesfälle vorgekommen, davon 1 durch Erstickung, 7 durch Ertrinken, 3 durch Schädelbruch, 1 an Gehirnkrankheit und 21 durch Selbstmord, so daß die Armee im Ganzen 143 Mann und 5 Invaliden durch den Tod verloren hat.

— Trotz aller Anstrengungen ist es nicht gelungen, die Armierung der drei neuen norddeutschen Panzerfregatten bis Ausgang Mai zu bewirken und hat deshalb von der früheren Absicht, dieselben mit zu der Eröffnung des Jadehafens heranzuziehen, Abstand genommen werden müssen. Die norddeutsche Flotte wird deshalb bei dieser Gelegenheit nur durch die Schraubentorpede „Aurora“, das Panzerfregatt „Arminius“, den Raddampfer „Preußischer Adler“ und das f. Dachtischiff „Die Grille“ vertreten sein. Dies letzte Fahrzeug hat hierzu einen völligen Umbau erfahren, und die neuen preußischen schwere Geschütze werden bei dieser Gelegenheit mindestens dem „Arminius“, welcher mit dem 72-Pfünder neuester Konstruktion ausgerüstet ist, ihre ehemaligen Stimmen erlösen lassen.

— Die Versicherung der Militärs gegen Kriegsgefahr bei Lebensversicherungsgeellschaften ist wie der „Kölner Ztg.“ von hier gedruckt worden. Hier ist mit der hiesigen norddeutschen Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit ein Abkommen getroffen. Die Bank sammelt den Zonds aus den Beiträgen der versicherten Militärs ausschließlich für Kriegsgefahr und für die versicherten Militärs an. Die Verwaltung des „Kriegsfonds“ wird, nächst der Kontrolle durch die Staatsregierung und die statutenmäßige Bank-Direktion, durch einen militärischen „Vertrauensrat“ geleitet, und beaufsichtigt. Dieser Vertrauensrat besteht aus den Herren: Graf Kanitz, Oberst, Adjutant des Königs und Regiments-Kommandeur; v. Delitz, Oberst-Lieutenant, Bataillons-Kommandeur im Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment; Blecken von Schmetting, Major im Garde-Husar-Regiment; v. Fasmund, Hauptmann und persönlicher Adjutant des Kronprinzen. Vorgenannte Herren werden nun einen Aufruf an sämtliche Militärs erlassen. Die Agenten der Bank verzichten auf jede Einnahme aus dem Kriegsfond.

— Die Berliner Pastoral-Konferenz hat folgende Resolution angenommen: „Die Berliner Pastoral-Konferenz erklärt als ihre auf dem Grunde des Wortes Gottes stehende Überzeugung, daß die Aufhebung der Todesstrafe, welche an die Stelle des Begnadigungsschreites der Obrigkeit die Rechtsforderung des Verbrechers setzt, den sittlichen Ernst des Gesetzes, die Würde und das Ansehen der christlichen Obrigkeit als Gottes Dienerin und Nächterin seiner heiligen Ordnung und das christliche Gewissen des Volkes schädige.“ — Natürlich!

— Ein in Arlon erscheinendes Blatt, „L'Echo du Luxembourg“, gibt einige Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der zur Schleifung der Luxemburger Festungen geworke unternommenen Arbeiten. Es geht aus diesen Mittheilungen hervor, daß man noch im Laufe dieses Jahres alle auf der Westseite von Luxemburg gelegenen Forts abgetragen zu haben hofft. Das Fort Vauban ist bereits vollständig verschwunden, das Fort Louvigny dem Boden gleich gemacht und nur das Reduit desselben ist erhalten worden, um als Sommerkasino benutzt zu werden. Später wird man auch die Werke im Norden des Plages schließen. Nur das Fort Charles soll verschont werden, um in ein städtisches Schlachthaus verwandelt zu werden. Von der Demolition der übrigen Festungsfronten, also der südlichen und östlichen, ist noch keine Rede. Die Demolitionsarbeiten nach dieser Seite hin sind, wie das genannte Journal bemerkt, zu schwierig und zu wenig einträglich. Wir konstatieren auf Grund des Vorstehenden einfach, daß die nunmehr offenen Seiten der ehemaligen Bundesfestung gegen Frankreich und Belgien, die auch fernerhin durch eine Fortifikationsfront geschlossen gegen Deutschland zu liegen.

Danzig. Am 28. v. M. ging von Lieghof der erste Zug, der, der Wehrpflicht wegen, auswandernden Mennoniten, drei Familien, ca. 19—20 Mitglieder stark, über Petersburg, Moskau nach Rischnei-Nowgorod per Bahn, von dort auf der Wolga nach seiner neuen Heimat, dem Salztrakte im Gouvernement Saratow in Russland. Viel größer und massenhafter ist die Auswanderung von Arbeitern und Handwerkern, theils nach dem südlichen Russland, theils nach den oben genannten Gouvernementen. Diese treibt nicht religiöse Überzeugung fort, sondern Arbeitslosigkeit und Mangel an Verdienst. Trotz der wohlhabenden Gegend, trotzdem an Überbevölkerung nicht zu

denken ist, haben bereits mehr als 50 Familien die Gegend verlassen, um theils in Amerika, theils in Russland sich eine Heimath und Nahrung zu suchen. (Th. 3.)

Schwerin, 31. Mai. Die großherzogliche Justizkanzlei zu Rostock hat unter dem 27. d. M. folgende Bestrafung veröffentlicht:

Der Landrat v. Plüskow auf Kowalz ist als Verfasser eines in Nr. 27. des hiesigen „Mecklenburgischen Tagblattes“ erschienenen Druckartikels, wegen des darin befindenen Vergehens wider den Art. 74 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, beziehungsweise den § 17 des einheitlichen Preßgesetzes vom 4. Mai 1856, in eine vierzehntägige Gefängnisstrafe, sowie in eine Geldbuße von 20 Thlr. rechtskräftig verurtheilt. (Rost. 3.)

Karlsruhe, 2. Juni. Der „Karlsr. Ztg.“ zufolge hat der Großherzog beschlossen, der in den Adressen der ultramontanen Partei gestellten Bitte um Auflösung der Ständeversammlung und Einberufung eines außerordentlichen Landtages keine Folge zu geben.

München, 31. Mai. Eine Zirkulardepeche des Ministeriums des Äußern, welche jüngst an die bayerischen Gesandten an verschiedenen europäischen Höfen hinausgegeben wurde, teilt mit, daß das Ministerium in den Wahlen vom 20. Mai keinerlei Veranlassung habe, seine bisherige Politik nach außen aufzugeben. Den „Homb. Nachr.“ wird darüber geschrieben:

Von keiner Seite, seit nicht einmal von den dem derzeitigen Ministerium feindlich gegenüberstehenden Ultramontanen, habe man es gewagt, die Südbündide aufs Neue in Vertrag zu bringen oder gar eine Ablehnung an Österreich oder eine andere frende Macht als die Aufgabe der auswärtigen Politik Bayerns zu bezeichnen. Mit keinem einzigen Worte sei während des mit aller Bitterkeit und mit dem Aufgebot einer Menge von Schlagwörtern geführten Wahlkampfes der Soz ausgeprochen worden: Bayern müsse die mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse zu lösen trachten. Der nationale Gedanke sei eben auch in unserem Volke zu festgewurzelt, als daß eine landesverrätherische Politik, die sich auch sonst in der Auswahl ihrer Mittel in der Regel nicht von delikaten Rücksichten leiten lasse, es wagen dürfe, an ihn Hand anzulegen. Nur der Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund sei von ihnen perhorrorisiert worden. Dadurch habe diese oppositionelle Partei, ohne es zu wollen, den bisherigen Politik des Fürsten Hohenlohe zugestimmt, der ja in erster Reihe die unseres Lande durch die lokale Ausführung der Schutz- und Trutzbündnisse erwähnenden Pflichten zu erfüllen bestrebt ist, dann allerdings aber auch sein Augenmerk darauf gerichtet hat, die Kunst allmählich und ohne Überstürzung auszufüllen, welche den Norden vom Süden noch trennt. Die Fortschrittspartei habe bei jeder Gelegenheit und wiederholt auch in neuester Zeit erklärt, daß sie Alles aufwenden werde, das derzeitige Ministerium zu stützen, und so sei diesem also keine Veranlassung gegeben, zurückzutreten und einem Ministerium Platz zu machen, das in Bezug auf die äußere Politik wahrscheinlich ein ganz anderes Programm aufstellen dürfte. Dies ist der beiläufige Inhalt der Zirkulardepeche.

Oesterreich.

Wien, 2. Juni. Wie die „Neue freie Presse“ erfährt, hätte der Bösekönig von Egypten einen Agenten nach Petersburg entsendet, um sondiren zu lassen, ob der Kaiser geneigt sei, ihn zu empfangen. — Der neu ernannte Gesandte der Vereinigten Staaten am hiesigen Hofe, Jay, wurde gestern durch seinen Amtsvorgänger dem Grafen Beust vorgestellt und überreichte sodann in besonderer Audienz dem Kaiser seine Beglaubigungs-schreiben. — Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die vom Kaiser sanktionirten Gesetze, betreffend die Steuerbefreiung der neuen Eisenbahnbauten, sowie das Rekrutierungsgesetz vom Jahre 1869.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Der Kampf bei den zweiten Wahlen wird in Paris nicht minder lebhaft werden, als bei den ersten. Die Aussichten haben sich für Jules Favre seit zwei Tagen um ein wenig verbessert. Alles, was der Intelligenz angehört, und auch die studirende Jugend schließt sich ihm an. Die Arbeiter jedoch stehen nach wie vor auf Seiten Hochforts, und es ist nicht unwahrcheinlich, daß dieser schließlich doch den Sieg davonträgt. Ein Gleches gilt von Naspail, der Garnier Pages auch diesmal überflügeln darf. Dagegen hat Hr. d'Alton Shee nur geringe Hoffnung, mit seiner Wahl durchzudringen, und wenn von Thiers wird als gesichert bezeichnet. Die Wahlversammlungen werden heute geschlossen, und da die Polizei sich jeder Einmischung enthält, so wird es heute ebenso wenig als gestern und

Lugus-Geschäften, und die Untersuchung stellt heraus, daß sie diese verbrechlichen Manipulationen schon seit Jahren getrieben und damit allein ihre verschwenderische Existenz gefristet. Da man das saubere Paar jedoch verpaßt, hat man ihm die Möglichkeit zur Flucht gegeben. Es ist also nur in contumaciam zu entehrenden Strafe verurtheilt worden.

Eines andern vornehm und gewandten Diebes vermochte man leider noch gar nicht habhaft zu werden. In großen Schnürläden erschien vor einiger Zeit ein stattlicher Herr in eleganter Kleidung und mit Orden auf der Brust. Er kam in Equipage und von gallionirten Bedienten begleitet. Er verlangte das Kostbarste zu sehen und wählte lange. Während dieses Wählens drängt sich ein dräsiglicher Bettler in den Laden, dem der Juwelier und seine Leute vergebens die Thür weisen. Man läßt ihn hart an, man zaunt, man schlägt, man droht die Polizei zu rufen, — alles vergebens; der Bettler weicht nicht von der Stelle. Aufsangs hat sich der vornehme Herr gar nicht um ihn gekümmert, sondern nur mit den Pretiosen beschäftigt. Als aber der Standl zukam und der Herr des Ladens, so wie alle seine Gehilfen auf den Überläufigen eindringen, wird er endlich aufmerksam und zieht sein Portefeuille hervor, das er, mit Geld und Taschenreichen reich bewertet, auf dem Ladentische ausbreitet. Er nimmt ein Paar Franken in die Hand und die Erzürnten besänftigend sagt er: „Machen Sie doch kein Auffallen, der gute Mann ist leicht bestiebt.“ Bei diesen Worten steht er dem Armen seine Gabe in den hingehaltenen Hut und einen Augenblick danach ist dieser verschwunden. Nach auf diese Weise zurückgeräuspter Ruhe geht der Handel weiter und der vornehme Herr erfreut irgend einen Schnud, den er sogleich baar bezahlt. Indem er dies thut, verlangt er noch einmal ein Halsband zu sehen, das er vorhin bewunderte. Man sucht und sucht, aber das Halsband ist fort. Der Kavalier ist außer sich, nennt seinen Namen, seine Wohnung, noch mehr, er ruht nicht eher, als bis der Goldschmied mit ihm in das Kassenzimmer getreten ist und seine Taschen untersucht hat, in denen sich allerlei, nur natürlich das vermischte Halsband nicht findet. „Ich bin außer mir“, ruft er, „daß mir so etwas begegnen muß!“ Gewiß hat uns der verdammte Bettler bestohlen. Ich bitte machen Sie Angezeige von der Sache und da ich entschieden die Hauptveranlassung Ihres Verlustes bin, so sehe ich selbstverständlich für denselben ein. Der hierdurch beruhigte und getrostete Juwelier begleitet den grobmütigen Käufer an seinen Wagen, macht sodann auf dem Polizeibureau des Reviers seine Meldung und erwartet sodann in überaus stoßhafter Gemüthsverfassung den Ausgang. Aber was ergibt dieser Ausgang? Der reiche Herr hat die Sene mit dem unverschämten Bettler im Laufe von drei Tagen wohl in zehn Läden gespielt und als man endlich in seinem Hotel nachgefragt, um sich Aufklärung und den versprochenen Schaden ersatz zu verschaffen, ist er längst über alle Berge und mit seinem Raube verschwunden. Natürlich war das Ganze nur eine wohl angelegte und trefflich ausgeführte Gauneret, bei welcher der Elegante jedesmal selbst den Diebstahl beging und das Entwendete mit seiner angeblichen Gabe den vermeintlichen Bettler in den Hut warf. Der Held dieser Affäre jedoch ist jedenfalls lange Zeit ein Mann der Pariser haute-vôles gewesen.

Wir könnten noch gar manche ähnliche Beispiele aus der Pariser Gesellschaft aus der letzten Zeit anführen, wollen es aber damit einstweilen beenden lassen, um hier auf eine andere Seite derselben überzugehen. Nichts ist in ihr so sehr an der Tagesordnung, wie man bekennen muß, als der

vorgestern zu Unordnungen kommen. Die Entschlüsse über das Verhalten der Regierung aus Anlaß der jüngsten Wahlen mehren sich in erschreckender Weise. Schon aus diesem Grunde wird man den gesetzgebenden Körper nicht vor der Zeit einberufen. Louher beabsichtigt übrigens, im Laufe des nächsten Monats zur Kur nach Marienbad zu gehen, und schon deshalb wird man von der einen Augenblick beabsichtigten Versammlung abstehen.

— Das „Siedle“ berichtet über die offiziellen Manöver, durch welche jetzt bei den bevorstehenden engeren Wahlen der Ausschlag gegeben werden soll, Folgendes:

In der Gironde bieten die Behörden Alles an, die Wahl der Herren Lavertoujou und Larrieu zu verhindern. Herr Gourdon, Arrondissementstrat seit 21 Jahren, Maire der Gemeinde Cormont seit 12 Jahren und kürzlich erst für seine in der Verwaltung geleisteten Dienste dekorirt, hat dem Präfekt von Bordeaux seine Entlassung eingereicht. Folgender Auszug aus dem von Herrn Gourdon an den Präfekten gerichteten Schreiben gefüllt, die Bedeutung der Motive würdig, welche diesen Entschluß hervorgerufen haben:

Bordeaux, 28. Mai 1869. Herr Präfekt! Der Vizepräsident des Präfekturrats hat sich vorgestellt und gestern bei mir eingefunden, um mir in Ihrem Auftrage folgende Mitteilung zu machen: „Angesichts des Resultats der Abstimmung in den Gemeinden des 3. Wahlbezirks und ganz besonders in der Gemeinde Cormont, ist es des Hrn. Präfekten Wille Herrn Travot um jeden Preis durchzubringen. Es bedarf eines Wiles in Cormont, welcher von Haus zu Haus zu jedem Wähler geht. Der Präfekt ist entschlossen jedes Hindernis über den Haufen zu werfen, um den Triumph der Kandidatur des Hrn. Travot herbeizuführen.“ Ein solches Verhalten, in solchen Aussprüchen vorgezeichnet, ist nach meiner Ansicht mit der Würde eines ehrenhaften und redlichen öffentlichen Beamten unvereinbar. Wie groß auch mein Bedauern ist, mich von der Verwaltung zu trennen, meine Würde als Mensch, Bürger und öffentlicher Beamter legen mir die Pflicht auf, den Instruktionen, welche Sie mir übernacht haben, nicht zu gehorchen. H. Gourdon.“

„Wir zweifeln nicht, sagt das „Siedle“ fügt hinzu, daß die Wähler der Gironde auf dieses skandalöse Verfahren mit der Ernennung der Herren Lavertoujou und Larrieu antworten werden.“

— Der Ausfall der Wahlen bedeutet Frieden. So behauptet ein Korrespondent der „Kölner Ztg.“ Er schreibt:

Die wohl absichtlich in Umlauf gesetzte Nachricht, daß die französische Regierung den europäischen Kabinetten die Erklärung abgegeben habe, sie wolle die Krönung des Verfassungs-Bebüdes zur Ausführung bringen, wünsche aber vorher bestimmte Erklärungen seitens der Hofs über die friedlichen Intentionen derselben — ist ein thörichtes Geschwätz. Die französische Regierung hat gar nicht eine denkbare Veranlassung, um sich über innere Landes-Angelegenheiten und deren Verbindung mit der auswärtigen Politik zu äußern. Der Ausfall der französischen Wahlen wird als eine friedliche Angelegenheit in den Regierungskreisen aufgefaßt. Die alten Parteien sind in Frankreich zurückgedrängt. Die Roten werden die Bourgeoisie auf die Seite einer liberalen Regierung drängen, und da der Kaiser bis jetzt wirklich den Frieden will, so darf man sich in dieser Beziehung friedlichen Hoffnungen hingeben.

Spanien.

Madrid, 30. Mai. Eine am 17. und 18. zu Tortosa abgehaltene Versammlung von Delegirten der republikanischen Vereine hat sich den Namen beigelegt: „Bundestag (Asamblea confederada) der Staaten Katalonien, Aragonien, Valencia und der balearischen Inseln.“ Dem dort vereinbarten Bundesvertrage (el Pacto federal de Tortosa), welcher von Manuel Bescheid aus Tarragona als Vorsitzenden, von Mames der Benedikt, José Antelmo Clavé und José Franch als Vertreter der „Staaten“ Aragonien, Katalonien und Valencia und einer Reihe von Provinzialvertretern unterzeichnet ist, hat der republikanische Provinzausschuß von Alicante am 19. Mai ein Beitragsblatt zugesandt. Gegenwärtig haben auch die republikanischen Abgeordneten in den Cortes dem „Bundestag von Tortosa“ ihre Glückwünsche überbracht, und werden, wie verlautet, den Bechlüssen derselben beitreten. Eine neue Zeitung wird als Organ des republikanischen Bundes von Aragonien, Katalonien und Valencia in Barcelona erscheinen. Bemerkenswerth ist ein Telegramm, welches der hiesigen (aus dem monarchisch-demokratischen in das republikanische Lager übergetretenen) „Reforma“ von dem monarchisch-demokratischen Ausschuß in Bar-

Chebruch. Die Ehe wird in dieser Gesellschaft, möchte man sagen, nur geschlossen, um zu zeigen, auf wie raffinierte Weise sie gebrochen werden kann. Die Literatur liefert gleichsam die Studien dazu. Die Bühne ist die Universität dafür, denn sie doctet förmlich die Philosophie und Lehre von der Untreue der Gatten. Den letzten Unterricht darin gab Octave Feuillet mit seinem Drama „Julie“ im Theatre français. Diese Julie ist eine nicht mehr ganz junge Frau, eine Madame de Cambre, die eine bereits erwachsene Tochter hat. Sie lebt mit ihrem Gatten in einer echt Pariser Ehe. Monsieur de Cambre ist ein Lebewohl, ein Mann des Jockeyclubs, der Weltrennen, des Spiels, der Libertinage. Natürlich hat er ohne gewisse piktante Liaisons bald mit einer Altrice, bald mit einer Dame der Demi-Monde, bald mit einer Erschöpfung der großen Welt nicht leben können. Seine Gattin überließ er indeß einem guten Freunde, der ihr Cavalier servante wurde, sie auf Händen trug und sie anbetete, aber nie auch nur die mindeste Gunst von ihr erhielt, denn Madame de Cambre war durchaus tugendhaft und vorwurfssfrei. Sie war es Jahre hindurch, aber endlich, endlich nur ja begegnete auch ihr etwas Menschliches. Sie ist bei schönem Weiter mit ihrem Verführer ausgeritten, während dieses Rittes hat man von diesem und jenem, von Reisern, von neuen Büchern, von einem aber maligen Badeaufenthalte gesprochen. Unter diesen Gesprächen ist indeß bemerkt ein schweres Unwetter aufgestiegen, das sich alsbald furchtbar zu entladen anfängt und die Dame und ihren Ritter nötigt, in einer einsamen Waldhütte Schutz zu suchen. Hier im Halbdunkel, unter dem Rauchende der Bäume, unter dem stromenden Regen und den entzündlichen Donnerschlägen führt Madame de Cambre eine Unwandlung von Ohnmacht und fällt dem Freunde in die Arme. Der Freund sucht sie ins Bewußtsein zurückzurufen, indem er ihr die Schläfe mit kühlendem Wasser reibt, ihr frische Luft aufsaugt, das Bettlaken löst. Wir wollen die Erzählung nicht mit den Worten des Stüdes wiedergeben. Genug, Madame de Cambre und der Freund ihres Gatten fallen der gefährlichen Situation und der menschlichen Unvollkommenheit zum Opfer. Aber selbstverständlich ist Madame de Cambre, nachdem dies geschehen, ungäublich und außer sich. Madame de Cambre kann es nicht ertragen, daß sie, die wie eine Heilige lebte, jetzt sich als Sünderin bekennen muß. Und zum Unglück erwacht nun auf einmal auch das Herz der Tochter und fängt für den Freund des Hauses zu schlagen an. Als die Mutter das erfährt, ergreift sie Entsetzen. Sie erzählt ihrem Kind unter fremdem Namen ihre eigene Geschichte und erklärt, daß der Haussfreund infolge dessen nicht in Paris bleiben, sondern in das Ausland gehen müsse. Herr de Cambre beginnigt jedoch die Liebe seiner Tochter, und als diese resigniert, forscht er nach dem Grunde und errath sogleich das Wahre der Sache. Seine Gemahlin jedoch, als sie ihre Schande entdeckt sieht, hält schwiegend ihr Haupt in ihren Händen, fällt um und stirbt. Dies weder in der Erfindung übertrahende, noch in der Bedeutung glänzende Stück hat Furore gemacht. Die Künstler, welche seiner ersten Aufführung bewohnt, wurde so ergriffen davon, daß sie am Schluss ein Bracelet von ihrem Arm nahm und es Mademoiselle Havart, der Darstellerin der Julie, auf der Bühne überreichten ließ.

(Schluß folgt.)

celona zugegangen ist: er erklärt darin, daß er sich von dem Verjährungsmaßstabe loslasse und zu der republikanischen Partei übergehe. Auch in den baskischen Provinzen und Navarra arbeiten die Republikaner auf die Schaffung eines Mittelpunktes für ihre Organisation. Die Regierung ist inzwischen ihrerseits nicht müßig; in Saragossa wird eine aus 8 Bataillonen Infanterie und einem Regiment Kavallerie bestehende stiegende Kolonne gebildet, welche unter den Befehlen des Generals Valdrich nöthigenfalls Navarra, Aragonien und Katalonien durchstreifen soll. — Bei Serrano waren gestern die hervorragenden Vertreter der verschiedenen monarchischen Parteien zu Tische, um inter poca über den mit der Einsetzung der Regenschaft verbundenen Ministerwechsel Rath zu pflegen. Die Mitglieder der liberalen Union sollen dabei ihre Absicht, an dem neuen Kabinett keinen Theil zu nehmen, aufgegeben haben. Von den Progressisten wurde dem Kortespräsidenten Rívero das Verlangen zurückgehalten, daß die Ministerposten nach dem Zahlenverhältnisse der Parteien ausgetheilt werden sollten: fünf den Progressisten, zwei der liberalen Union und einer den monarchischen Demokraten. Der Ministerrath hat beschlossen, das Entlassungsgebot des Justizministers Ortiz nicht anzunehmen, bis der vollständige Kabinettswchsel vor sich gehen würde; doch erscheint Ortiz nicht in den Kortestümungen und scheint sein Gehuch aufrecht zu halten.

Madrid, 2. Juni. (Tel.) Die Cortes haben in ihrer gestrigen Sitzung den Gesamtentwurf der Verfassung mit 214 gegen 55 Stimmen angenommen. Von Seiten der republikanischen Partei wurde vor der Abstimmung das Verprechen abgegeben, daß dieselbe jeden Beschluss der Cortes respektieren würde. Es wird versichert, daß baldigt die Einsetzung einer Regenschaft erfolgen werde.

S i a l i e n .

Florenz, 2. Juni. (Tel.) Die Kommission für die Beurtheilung der Finanzgesetze hat sich konstituiert. Ferrary wird Berichterstatter sein. Die Diskussion wird nächste Woche beginnen.

Rom, 27. Mai. Man zweifelt hier durchaus nicht daran, daß die auf übermorgen angelegte Abreise Franz II. mit seiner Gemahlin sein Abschied von Rom sei und daß die vorerst noch bleibenden Verwandten dem Beispiel des Chesa der Familie später folgen werden. Die Verheirathung der noch vorhandenen und vom Könige abhängigen Stiegeschwister, des Grafen von Parma und der Prinzessin Maria Immakulata, außerhalb Italiens, könnte diesen freilich bewegen, schließlich doch seine Tage im Österreich zu verleben. Es mag dies Manchem nicht wahrscheinlich dünken, allein es ist Thatzache, daß der König, welcher sich bisher an jedem Strohalm der Hoffnung klammerte, nach Neapel zurückzulehnen, und es nicht unter seiner Würde hielt, deshalb einen Brigantinchen im Palaste zu empfangen, mit seinem neuen Morgen am meisten selber seine Zukunft aussichtsloser findet. Dazu kommt die für das bevorstehende Konklavium angekündigte Promotion Msgr. de Merodes zum Kardinal, womit ein Prälat aus der unmittelbaren Nähe des Papstes entfernt wird, dessen Charakter achtbar ist, der aber als Vertreter der französischen und italienischen Legitimisten in der römischen Kurie unbeholfen gewirkt hat.

Rom, 1. Juni. (Tel.) Die amtliche Zeitung veröffentlicht den mit dem heutigen Tage in Kraft tretenden Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde.

G ro s s b r i t a i n u n d I r l a n d .

London, 1. Juni. (Tel.) Im Oberhause hat heute die erste Lesung der Irischen Kirchenbill stattgefunden; die zweite Lesung ist auf den 14. Juni festgesetzt.

T ü r k e i u n d D o n a u f ü r s t e n h ü m e r .

K onstantinopel, 25. Mai. Gestern erhielt der Patriarch Sofronius durch Vermittlung der russischen Geländeschaf das von der Moskauer Synode verlangte Gutachten betreffs der Beurtheilung des Patriarchen an dem Konzil zu Rom. Die Synode spricht sich darin in unbedingt negativem Sinne aus. Nachdem auch die übrigen unabhängigen Kirchenhäupter des griechisch-orthodoxen Ritus, wie z. B. jene Griechenlands, Serbiens und Rumäniens sich früher bereits in gleichem Sinne ausgesprochen, ist nunmehr an der Nichtbeurtheilung des Konstantinopler Patriarchen am Konzil zu Rom nicht mehr zu zweifeln.

Bukarest, 27. Mai. Es ist eine eigenhümliche Ercheinung unserer Zeit, daß die Priester — gleichviel, welcher Konfession sie angehören — sich der liberalen und toleranten Strömung entgegenzustellen versuchen, welche die Völker Europas bewegt und schließlich auch beinahe alle Regierungen ergripen oder doch mit fortgerissen hat. Auch die orthodoxen Priester in Rumänien machen hiervom keine Ausnahme, wofür ein Zirkular, welches der Minister des Innern sich genötigt sah an, die Präfekten des Landes zu richten, Zeugniß giebt. In demselben heißt es:

Da der Metropolit Primas sich geweigert habe, zu gestatten, daß die Geistlichen der Landeskirche auch die Leichen von solchen Verstorbenen zu Grabe geleiten, die in einem anderen Glauben gelebt haben, „weil die orthodoxe Religion es ihren Priestern ausdrücklich verbietet, an den Begräbnissen von Regern teilzunehmen“, so fordere er als Minister von den Präfekten, daß sie dafür sorgen, daß die Gesetz des Jahres 1864 in dieser Richtung vollständig aufrecht erhalten werden. Jeder Verstorbene — ohne Unterschied des Glaubens und des Bekennnisses, in dem er gelebt — müsse auf dem orthodoxen allgemeinen Friedhof Platz finden. Sei kein Geistlicher da, um die Leiche zu Grabe zu geleiten, so müsse der Richter des Ortes, angehant mit der Kommunalshärpe, die Leiche zu ihren letzten Ruhestätte geleiten. Verwandte und Glaubensgenossen haben das Recht, in Ermangelung eines Priesters die Leichenrede zu halten, und auf dem Grabe dasjenige Symbol niedergelegen, an welches der Verstorbene geglaubt hat.

A m e r i k a .

B era - Kr u z , 2. Mai. Nach einem gestern hier aus Mexiko eingegangenen Telegramm ist der Geschäftsträger des Norddeutschen Bundes, Herr v. Schröder, im besten Wohlsein in der Hauptstadt eingetroffen. Derselbe war auf der Kriegs-Korvette Victoria am 26. v. M. hier gelandet und von den Behörden in der zuvorkommendsten Weise unter Salutirung der Flagge begrüßt worden. Es wird berichtet:

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte den Behörden den telegraphischen Befehl ertheilt, dem Vertreter Norddeutschlands in der wohlwollendsten Weise entgegen zu kommen und beim Empfange keine Kosten zu schauen. Als Erwideration dieser Freundschaft war auf dem von Kapit. Kinderling geführten Kriegsschiffe am folgenden Tage ein Frühstück veranstaltet, dem am Abende eine Soirée dansante in der Villa folgte. Beider

wurde die Freude der Deutschen durch die Nachricht gestört, welche dem Kapitän Kinderling von dem Befehlshaber eines britischen Kriegsschiffes am 27. April zugeschickt wurde, daß nach einem europäischen Telegramm vom 22. April Frankreich an Preußen den Krieg erklärt habe. Die Korvette Victoria verließ in Folge dessen noch an demselben Tage Nachmittags 3 Uhr den Hafen. Die angesehenen Beamten der Stadt hatten den Befehlshaber an Bord geleitet und sich von ihm herzlich verabschiedet. Gestern brachte das Dampfschiff aus New York Nachrichten aus Europa, welche bis zum 25. v. M. reichten und der Kriegserklärung mit keiner Spur erwähnten. Ein Kabeltelegramm hatte die Nachricht gebracht, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien bedrohlich erscheinen. Hieraus scheint die Lösung über eine Kriegserklärung Frankreichs an Preußen absichtlich oder zufällig entstanden zu sein. Der Herr Minister-Präsident trat schon in der Frühe des 28. v. M., unter entgegenkommender Aufmerksamkeit der Behörden, seine Reise nach Mexiko an. Das Boot Santiago gab die übliche Ehrensalve, dem Vertreter Norddeutschlands war der Salonwagen zur Verfügung und eine Eskorte von 20 Mann zur Begleitung bis zum Paso del Macho gestellt, von wo ab der Postwagen eine Kavallerie-Abteilung zur Begleitung haben wird.

Norddeutscher Reichstag.

51. Sitzung.

Berlin, 2. Juni. Eröffnung um 10 Uhr. Am Tisch des Bundesrates: Delbrück, Dr. Michaelis, v. Puttkamer.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Petitionskommission über eine Petition der Aeltesten, Lehrer und Mitglieder der Mennoniten-Gemeinden in Ost- und Westpreußen und Wiederherstellung der ihnen früher zugestandenen Wehrfreiheit. — Der Antrag der Kommission geht dahin, mit Rücksicht auf das Gesetz vom 9. November 1867, die Kabinettsordnung vom 3. März 1868 und das Kriegsmaterial-Restrikt vom 27. Januar 1869 über die Petition zur Tagesordnung überzugeben.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing) beantragt dagegen: 1) An das Bundespräsidium und den Bundesrat den Antrag zu richten: in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise denjenigen, seither unter dem Schutz des Gnadenprivilegii vom Jahre 1780 lebenden Mennoniten, welche an ihrem in anerkannter Geltung stehenden Glaubensbekenntnis unverbrüchlich festhalten und deshalb nach wie vor jede Art des persönlichen Kriegsdienstes ablehnen, auch fernerhin volle Gewissenfreiheit aus Toleranz in ihrem Vaterlande gesichert werden kann, — und zu diesem Zweck die nötigen Einleitungen baldigt, und zwar mit der Maßgabe zu treffen, daß die mennonitischen Gegenleistungen, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, im Wege der Gesetzgebung neu reguliert werden; — 2) eventuell, d. h. wenn der Reichstag sich nicht dazu entschließen sollte, für die Uebung dieser von allen preußischen Herrschern gegenüber den Glaubensverwandten aller Bekennnisse stets beweisen Toleranz im vorliegenden Falle einzutreten: an die genannten beiden höchsten Stellen den Antrag zu richten: daß die bezeichneten Mennoniten, Familien strenger Richtung, zur Erringung ihrer Auswanderung und also zur Auflösung ihrer hiesigen Wirtschaften eine angemessene Frist, etwa bis zum Jahre 1874, bewilligt werde, binnen welcher ihre im militärischen Alter befindlichen Söhne, welche sich nicht freiwillig der gesetzlichen Kriegsdienstpflicht unterwerfen, mit der letzteren verhont bleiben.

Abg. v. Wagener (Neustettin): Das Privilegium der Mennoniten besteht formell noch zu Recht und kann durch keinen bisherigen Akt der Gesetzgebung als aufgehoben betrachtet werden. Die Wehrfreiheit beruht auf einem Vertrag, dessen Bedingung, die Zahlung der alten Mennonitensteuer, Seitens der Mennoniten nie unerfüllt gelassen worden ist, es handelt sich also um ein lästiges Privilegium, das von Seiten des Staates nur aufgehoben werden kann aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles und gegen eine Entschädigung, die durch Vertrag oder durch richterliches Erkenntnis festgestellt werden muß. Es ist dies ein für alle Gesetze gültiger Rechtsatz; die Wehrfreiheit der Mennoniten ist also weder durch die Bundesverfassung noch durch das Militärgebot bestimmt. Ich gehe sogar einen Schritt weiter, ich bin der Ansicht, daß die Mennoniten befugt sind, vor Gericht klagend aufzutreten, und daß die preußische Regierung jedenfalls verpflichtet werden würde, eine Regulierung dieser Angelegenheit zu Gunsten der Klaglienden einzutreten zu lassen. Die Bundeskriegsverfassung kann den preußischen Staat von dieser Verpflichtung nicht entbinden, sie kann ihm höchstens die Pflicht aufladen, dem Bundesgesetz der allgemeinen Wehrpflicht gehorrend, das Privilegium abzulösen. Ein Vorgehen in der Weise, wie die Kommission vorschlägt, wäre für analoge Fälle sehr bedenklich. — Und liegt denn wirklich ein Grund vor, im Interesse des öffentlichen Wohles die Befreiung der Wehrpflicht, dieser fundamentalartige des mennonitischen Glaubensbekenntnisses aufzuheben? Bis in die neuesten Seiten haben sich keine Unzuträglichkeiten aus derselben ergeben, während man durch Annahme des Kommissionsvorschlags Tausende von Männern, die gewissenhaft genug sind, an ihrem religiösen Bekennnis festzuhalten, aus dem Lande treiben würde. Das Glaubensbekenntnis der Mennoniten ist nicht entstanden, wie solche Bekennnisse heute zu entstehen pflegen, unter Toxen und Gläserlein, sondern es ist mit der einzigen richtigen Linie korrigirt, die für solche Konfessionen paßt — mit Blut. Eine große Zahl von Mennoniten hat für ihren Glauben den Scheiterhaufen bestiegen; sie werden sich auch nicht scheuen, ihr bisheriges Beisthium aufzugeben und nach Russland auszuwandern, das ihnen eine größere Toleranz gewährt, als das als tolerant gern genannte Preußen. Ich bitte Sie, den Kommissionsvorschlag abzulehnen und wenn nicht den ersten, wenigstens den zweiten Antrag des Abg. Brauchitsch anzunehmen.

Abg. v. Gordonbeck: Es handelt sich hier nicht um ein lästig erworbenes Privilegium, sondern die Wehrfreiheit der Mennoniten beruht auf einem einheitlichen Akt der Gesetzgebung. Das Gnadenprivilegium vom 29. März 1780 ist ohne jeden Vertrag durch eigene Nachvollkommenheit Friedrichs des Großen gegeben worden und ebenso beruhen alle späteren Modifikationen aus den Jahren 1809, 1810 und 1844 nicht auf Verträgen, sondern auf freier Gesetzgebung. Thatsächlich ist die Wehrfreiheit bereits durch die Verfassung von 1850 aufgehoben und dies ist auch — allerdings der gegenüberstehenden Aussöhnung der Verwaltungsbehörden entgegen — durch Elektentheil des Appellationsgerichts zu Marienwerder wiederholt anerkannt. Also der Reichstag hat dies Privilegium nicht erst aufgehoben, sondern nur die allgemeine Wehrpflicht als auch auf die Mennoniten sich erstreckend konstatiert. Wenn man die Verhältnisse und die Zustände der Gegend zwischen der Weichsel und Nogat kennt, so wird man die Befreiung des Privilegs gleichzeitig als höchst ungerecht anerkennen. Welchen Eindruck und welche Aufregung es hervorruft, wenn bei einer Mobilisierung innerhalb derselben Dorfs die eine Hälfte der männlichen Jugend eingezogen wird, während die andere ruhig zu Hause bleibt, darüber berufe ich mich auf das Bezeugnis von Mennoniten selbst. Die Verhältnisse des Gnadenprivilegii sind die gleichen, wie mit jenem Privilegium verbunden war und durch die das Recht des mennonitischen Konfessions zu einem Handelsartikel gemacht wurde, hat gleichzeitig in wirtschaftlicher Beziehung die nachtheiligsten Folgen gehabt, so daß der größte Theil der Mennoniten selbst die völlige Gleichstellung mit allen anderen Staatsbürgern wünscht und sich wiederholt in Anträgen an den Bundesfeldherrn in dieser Weise ausgesprochen hat. (Redner verliest mehrere derartige Anträge.) Diese Bewegung innerhalb der mennonitischen Gemeinden aufzuhalten, hat die Gesetzgebung nicht die geringste Veranlassung; es ist möglich, daß Einzelne aus den älteren Gemeinden sich dadurch zur Auswanderung veranlaßt fühlen werden, obwohl ich nicht glaube, daß diese Auswanderung das bisherige Maß übersteigen wird, denn es dürfen wir nichts thun, was dem Interesse und dem Wesen des Staates selbst widerspricht. Nehmen Sie den Kommissionsantrag an, und ich hoffe, daß diese Petitionen, die nun bereits seit 20 Jahren Gegenstand parlamentarischer Verhandlungen sind, für immer von der Tagesordnung verschwinden werden.

Abg. v. Wagener (Neustettin): Die preußische Regierung hat stets das Privilegium der Mennoniten und speziell im Jahre 1853 seine Verträglichkeit mit der Verfassung anerkannt. Alle Privilegien beruhen auf Gesetz (Widerspruch), auf welchem anderen Wege sollen sie denn entstehen? Ausnahmen vom Gesetz können doch nur auf Spezialgesetzen beruhen. Am Ende v. M. sollen 28 Mennoniten ausgewandert sein, wie mir berichtet ist, und vier andere Auswanderungen sind noch für dieses Jahr angezeigt, was wohl das Maß der bisherigen Auswanderungen überschreitet. Der Vorredner hat nur bewiesen, daß die gesetzliche Regelung der Frage noch fehlt und notwendig ist. Wir suchen diese Regelung, indem wir denen, welche auswandern wollen, die nötige Frist schaffen.

Abg. v. Hennig: Der Abg. Wagener verwechselt faktische Privilegien mit Gesetzen und faßt die Stellung der Mennoniten so auf, wie etwa die der englischen Wasserleitungsgesellschaft in Berlin. Die Stellung der Mennoniten beruht auf keinem Gesetz, sondern auf einer Anordnung des Landesherrn, die durch die Verfassung des Bundes zum Gesetz erhobene allgemeine Wehrpflicht selbstverständlich und ausdrücklich bestätigt worden ist. Mögen die Mennoniten, wenn sie ihr Recht vor Gericht suchen, nicht Herrn Wagener zum Anwalt nehmen! Hinter der Sache steht etwas anderes als die Unzufriedenheit der Mennoniten, die schon nach Russland ausgewandert, als sie noch im ungestörten Besitz ihres Privilegiums waren, zu der Zeit, als sie von den Kontributionen frei blieben, weil sie gegen die Franzosen nicht die Waffen getragen hatten. Höre man doch auf, diese Aufregung zu nähren und lasse endlich Frieden in dieser Sache herrschen! Was ist denn das für ein Schauspiel, daß die Kinder der Mennoniten in Kriegszeiten vergnügt und lustig leben, während ihre Nachbarn alle Lasten des Krieges tragen. Auf diesem Standpunkt stehen die beiden einzigen wissenschaftlich gebildeten Geistlichen der Mennoniten, der in Danzig, der die Dankadresse an Se. Maj. den König abgefaßt, und der in Elbing, der ausdrücklich seine Zustimmung zu derselben geäußert hat.

Abg. v. Gordonbeck konstatiert noch einmal, daß keine Spur eines gesetzesbererischen Aktes zu entdecken ist, auf dem die privilegierte Stellung der Mennoniten beruht.

Das Haus beschließt mit sehr großer Majorität, zu der auch der Abg. v. Molte gehörte, den Antrag der Kommission gemäß über die Petition der Aeltesten zur Tagesordnung überzugeben.

Abg. Meyer (Thorn) referirt sodann über den Antrag Kraß, der zur zweiten Lesung steht, der ein Gesetz eingebracht hat, betreffend die Entschädigung aus der Bundeskasse für die Wehrverminderung, welche das Grundereignis durch die Festungs-Rayon-Bestimmungen erleidet, nach den Grundsätzen, welche nach der betreffenden Landesgezegung für eine im Interesse des öffentlichen Wohles erfolgenden Eigentumsbeschränkung, resp. Entziehung zu leisten ist. Die Kommission hat mit allen Stimmen gegen 2 den Antrag Kraß abgelehnt, dagegen mit 10 gegen 4 Stimmen folgende Resolution dem Reichstage empfohlen: den Bundeskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu machen, in welcher a. für alle durch die Festungs-Rayonvorschriften eintretenden Beschränkungen des Privatentzugs Entschädigung aus der Bundeskasse gewährt wird; b. diese Entschädigungspflicht des Bundes auf alle derartigen seit dem 1. April 1869 neu eingetretenen Beschränkungen zurückzogen wird; c. für die endgültige Bestellung der Höhe der Entschädigung der Reichstag zugelassen wird.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing) fügt dem nur hinzu, daß unter allen Umständen vorher die Interessen gehörten werden müssen, während Abg. Kraß vor leeren Banken seinen Antrag mit derselben Gründlichkeit, wie bei der ersten Lesung vertheidigt. In Gegenwart von etwa 40 Mitgliedern führt hr. Kraß aus, daß das Einzige, was gegen seinen Gesetzesvorschlag vorgebracht werden kann, nur ein irrtümlicher Einwand sei: er denke nämlich nicht daran, die Entschädigung auf den eisernen Militär-Statut anzuwenden, sondern habe dabei anderweitige Bundesmittel im Auge. Die Ausführungen der Kommission seien blendend und gedanklos, sie spräche die Sprache des böswilligen Schuldners. Die Resolution sei nur ein Mantelchen für die Ablehnung eines unabsehblichen Bedürfnisses, und dieses Mantelchen müsse abgezogen werden. Die Unterhaltung der kleinen Versammlung im Saale ist aber so laut, daß wir nicht beurtheilen können, ob er diesen Vorschlag ausführt.

Abg. v. Wehrenpfennig begreift die Empfindung der Zuhörer, die in sehr deutlicher Weise ihren Wunsch nach Abföhrung der Debatte ausdrücken, und versichert, daß er vor der zahlreichen Versammlung gar nicht sprechen würde, wenn Abg. Kraß nicht seine (des Redners) Neuherung in der Kommission speziell angegriffen hätte. Die Rücksicht auf die Finanzen stehe doch einem Abgeordneten sehr wohl an und es sei ein Resultat von Wehr, daß die Regierung ein Gesetz vorzulegen versprochen und zugleich die Nutzung gegeben habe, bis zum Erfolg derselben keine neuen Konflikte mit Ausnahme einiger Küstenbefestigungen anzulegen. Abg. Besse fügt hinzu, daß diesen mühsam abgerungenen Koncessions noch das dritte Budgetantritt austrate, daß die Regierung nicht erst das Expropriationsgesetz abwarten wolle.

Nachdem der Referent die Kommission gegen die bittere Kritik des Abg. Kraß nachdrücklich in Schutz genommen hat, bringt der letztere einen genügend unterstrichenen Antrag auf namentliche Abstimmung ein, zieht ihn aber unter dem Beifall des Hauses zurück. Der Kraß'sche Gesetzesvorschlag wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt und die Resolution genehmigt.

Sodann berichtet Abg. Stephan über eine noch restende Petition aus Weimar, die auf die Befreiung des Militärs von den Kommunalabgaben Bezug hat. Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung. Dagegen weist Abg. Fries darauf hin, daß die betreffende Verordnung des Bundespräsidiums gegen die vertragsmäßige Bestimmung verstößt, durch welche laut Vertrag zwischen Preußen und den thüringischen Staaten die in den thüringischen Regierungen stehenden preußischen Offiziere zwar von den direkten Staatssteuern, aber nicht von den Kommunalabgaben befreit sind. Die Petition verdient daher dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen zu werden und das Haus tritt dem bei, nachdem Abg. Stephan bemerkt hat, daß er nichts gegen diese Überweitung habe und der Übergang zur Tagesordnung nur vorgeschlagen worden sei, weil mit allen übrigen Petitionen derselben Inhalts ebenso verfahren ist.

Es folgt die Beratung über den Antrag des Abg. Braun (Hersfeld), der jetzt die folgende einfachere Fassung erhalten hat: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Bundeskanzler zu eruchen, dem Reichstag baldmöglichst eine Gesetzesvorlage zu machen, welche, in Ausführung des Art. 4 der Bundesverfassung, die Ausgabe von Staatsscheinen der Norddeutschen Bundesstaaten regelt.

Abg. Braun (Hersfeld): Der Bund hat manchen Zopf entfernt, manchen Plunder bestellt. Aber immer besteht noch der unerträgliche Zustand, daß in seinem Gebiet über 140 verschiedene Apotheken von Staats- und Banknoten zirkulieren, die ein Kapital von 238 Millionen repräsentieren, pro Kopf der Bundesbevölkerung 8 Thlr. Papiergeld, wobei auf Sachsen-Weimar und Gotha 20½ Thlr., auf Schwarzburg-Sondershausen 32 Thlr., auf Neujüngere Linie 36½ Thlr. pro Kopf kommen. Ob diese Noten noch gültig sind, ob sie noch einen Kurs haben, ist oft gar nicht zu erkennen. Mein Antrag bezieht sich nur auf Staatsscheine. Ich habe hier eine Musterkarte solcher Scheine gesammelt, bei denen man meist kaum durch die Leporellkarte zu erkennen kann, welche Staaten sie angehören und was sie für eine Jahreszahl tragen. (Redner zeigt der Versammlung zu ihrer großen Erheiterung einen stattlichen Band, dessen Folioblätter mit schwer beschädigten Noten aller Art bedekt sind.) In kleinen Staaten wird ein einziger Prälufttermin zur Einlösung der Noten angezeigt, und was da nicht angemeldet ist, wird werthlos. Da diese Not

aufzulegen. Hat der Antrag dagegen nur den Zweck, die künftige Ausgabe von Papiergeld zu regeln, so werden die bedeutendsten Schwierigkeiten, die gegenwärtig zu klagen Veranlassung geben, nicht gelöst.

B.-R. Harbour (für Reut. j. L.): Der Herr Antragsteller hat mit Unrecht durch die Angabe von 36½ Thlr. Papiergeld auf den Kopf der reußischen Bevölkerung ein ungünstiges Bild auf die Finanzstände des Staates geworfen, den ich vertrete. Von Staatsnoten entfallen auf den Kopf der dortigen Bevölkerung nicht 8, sondern nur 4 Thlr., und die große Masse des Papiergeldes entsteht dort dadurch, daß in Gera eine Bank existiert, die in Leipzig und Berlin Agenturen und allerdings eine starke Notenemission hat. Doch macht sie von ihrer Befugnis dazu nur bis zur Hälfte Gebrauch.

Abg. Roland empfiehlt die Annahme des Antrages. In noch höherem Grade als die kleinen Staaten selbst würden die angrenzenden preußischen Bezirke gedrückt, deren Bewohner ihre Steuern mit dem Papiergeld der Kleinstaaten nicht bezahlen könnten, denen sogar die Ausgabe dieses Geldes gesetzlich verboten sei, und die doch ihre nothdürftigsten Lebensbestimmungen nicht würden befriedigen können, wenn man diese gesetzlichen Bestimmungen strikt durchführe.

Abg. Graf Kleist bittet den Antragsteller unter großer Heiterkeit des Hauses, die kostbare Sammlung und Zusammenstellung der verschiedenen Sorten norddeutschen Papiergeldes der Bibliothek des Hauses einzuerleben.

Nachdem Abg. Braun seinen Antrag noch einmal befürwortet, wird dieser saft einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der vom Abg. Wiggers (Berlin) beantragte Gesetzentwurf: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürglerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Besäfigung der Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekennnis unabhängig sein.“

Abg. v. Bassewitz: Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf aus 3 Gründen abzulehnen. Er geht zunächst über die Kompetenz des Bundes hinaus, da er in Bestimmungen der Partikularverfassungen eingreift, die nur der Gesetzgebung der Einzelstaaten zusteht. Beschränkungen, denen ein gewiss Religionsbekennnis unterworfen wird, stehen auf gleicher Linie mit denselben, die gewisse staatsbürglerliche Rechte an ein bestimmtes Alter oder Benus knüpfen. Mit denselben Rechte könnte durch den Bund das Dreiklassenwahlrecht in Preußen außer Kraft gesetzt werden. Sodann wird sich jeder Staat des Bundes das Recht wahren dürfen, den Charakter eines speziell christlichen festzuhalten, — endlich bitte ich Sie, den Gesetzentwurf abzulehnen nach Lage der Sache. Sie wissen, daß die Frage bereits im Bundesratthe verhandelt wird; wir haben also gar keine Veranlassung, auf diesen einen Druck auszuüben, da kein Anzeichen vorliegt, daß er sich einem dolce far niente hingegeben hätte und seine Gesetzesfabrik stillstellen ließe.

B.-R. v. Buttstädt: Der Bundesrat ist, wie er dies bereits bei früherer Gelegenheit erklärt hat, mit der Frage bereits beschäftigt, und bereitet Anträge vor, die im Wesentlichen mit dem Vorschlage des Abg. Wiggers übereinstimmen. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Nach den Beschlüssen, wie sie am 19. März 1867 von dem berathenden Reichstage zu meinem großen Bedauern gefaßt worden sind, habe ich Bedenken gegen die Form des vom Abg. Wiggers gestellten Antrages, wenn ich auch in der Sache vollständig mit ihm einverstanden bin. Ich halte es für unmöglich, dem religiösen Bekennnis irgend welchen Einfluß auf die Gewährung der staatsbürglerlichen Rechte einzuräumen, oder der freien Religionsübung die geringste Schranke zu ziehen, und ich spreche mein tiefes Bedauern aus, daß es innerhalb des Norddeutschen Bundes noch Staaten gibt, wo die Leute in solcher Weise behindert werden. Dennoch werde ich gegen den Antrag stimmen, da ich gewöhnt bin, mich auch dann dem Gesetz zu beugen, wenn es gegen meine inneren Gefühle ist.

Abg. Wiggers (Berlin): Nach der früheren Zusage, daß der Bundesrat die Frage seinerseits in die Hand nehmen werde, habe ich nur ungern, und um nicht die diesmalige Session wieder unbewußt vorübergehen zu lassen, mich zur Sstellung meines Antrages entschlossen. Ich habe mich damit keineswegs mit den Arbeiten des Bundesraths in Opposition gesetzt, sondern denselben nur vorarbeiten wollen, und da die Anträge, die im Bundesratthe vorbereitet werden, im Wesentlichen mit dem meinen übereinstimmen, so hoffe ich um so mehr auf eine große Majorität für mich, als das Haus sich durch eine Ablehnung meines Antrages mit seinem früheren Beschlüssen und dem Geist der Bundesverfassung selbst in Widerspruch setzen würde.

Der Antrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission über eine Petition des Gr. Ad. v. Baudissin in Schleswig, dahin gehend, den von ihm projektierten Bau eines Hafens auf der Insel Røm und einer denselben mit dem Schleusennetz des Festlandes verbindenden Eisenbahn durch Gewährung einer Binsgarantie von 4 Prozent für das auf 4.715.000 Thlr. veranschlagte Anlagekapital zu unterstützen. Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission, 1) über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und 2) den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstag eine Mitteilung über die Lage der Frage, betreffend die Herstellung eines die Ostsee mit der Nordsee verbindenden Marinakanals zu machen.

Eine Petition der Harburg-Altona-Hamburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Harburg, ihr durch Vermittelung des Bundeskanzlers bei der preußischen Regierung die Konzession zu erwirken, wird dem Bundeskanzler zur Erwagung überwiesen.

Eine große Anzahl nach den südlichen Provinzen des Kaiserreichs Brasilien ausgewanderte Deutsche bitten den Reichstag 1) um Erlaß eines Gesetzes, welches, im Gegensatz zum § 23 des preußischen Gesetzes vom 31. Dezember 1812, die Bestimmung enthält: „daß die ausgewanderten oder im Auslande lebenden Norddeutschen so lange als solche in ihrem Vaterlande betrachtet werden, bis sie sich im Auslande naturalisiren lassen;“ und 2), daß die laut Erlaß des preußischen Ministeriums des Auswärtigen vom 12. November 1859 durch das Handelsministerium angeordnete Beschränkung der Auswanderung nach Brasilien für Südbrasilien oder doch wenigstens für die Provinz São Pedro Rio Grande do Sul aufzuheben sei.“

Die Kommission beantragt mit Rücksicht auf die Erklärung des Bundeskommissars, daß unter den befreiteten Kessell-Ministerien über die Frage der Aufhebung des Erlusses vom 12. November 1859 Verhandlungen im Gange seien, über den zweiten Theil der Petition zur Tagesordnung überzugehen, den ersten dagegen dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. — Abg. Luck verbreitert sich über die Erwerbs- und Rechtszustände der in Brasilien ansiedelten Deutschen und empfiehlt die Anträge der Kommission, die mit großer Majorität angenommen werden.

Über eine Petition des städtischen Vereins zu Leipzig, des Magistrats der Stadt Zeitz und 30 anderer Ortschaften bei dem Bundeskanzleramt dahin zu wirken, daß der Bau der Eisenbahn von Leipzig über Pegau nach Zeitz nach Maßgabe des Staatsvertrages vom 30. Juli 1867 so schnell als möglich in Angriff genommen werde, beschließt der Reichstag zur Tagesordnung überzugehen mit Rücksicht auf die Erklärung des Bundeskommissars, daß der Bundeskanzler eine Petition in derselben Angelegenheit bereits an den Bundesrat zur Prüfung der Frage abgegeben habe, ob der Bundesrat sich in der Sache auf Grund des Artikels 4 Nr. 18 der Verfassung für kompetent erachte.

Eine Anzahl anderer Petitionen entbehren des öffentlichen Interesses.

Ohne Diskussion wird der Entwurf des Gesetzes wegen Berichtigung des Haushaltsetats des Bundes für 1868 in der Form genehmigt, in welcher die Kommission ihn vorgelegt hat. § 1 enthält die berichtigte Vertheilung der Matrikulärbeiträge, § 2 behält die Rechnungslegung über den Betrag von 22.483.431 Thlr. nach Art. 72 der Verfassung vor. Abg. Luck kann im Namen der Kommission nur die Richtigkeit des Mehrbedarfs bestätigen und Bundeskommissar Michaelis, der mit der Fassung des Entwurfs einverstanden ist, fügt die Verberichtigung hinzu, daß die Etatsüberschreitungen sofort nach ihrer Feststellung zur Kenntnis des Reichstags gelangen sollen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung über Abschnitt 2 des Gesetzentwurfes, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe, die von der Kommission vielfach umendirt worden sind. Der zweite Abschnitt von der Rechtshilfe in Strafsachen und enthält die wichtigen Bestimmungen über die Verpflichtung zur Auslieferung. Die Kommission hat den folgenden § 26 eingeschaltet:

Bis zum Erlaß eines allgemeinen Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund findet die Auslieferung nicht statt, wenn 1) die Handlung ein politisches Verbrechen oder Vergehen, oder mittels der Presse verübt worden ist, oder 2) sie nicht mit Strafe bedroht oder in Betreff ihrer

die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung durch Verjährung ausgeschlossen ist, oder 3) die Handlung nach den Gesetzen des Staates, welchem das ersuchende Gericht angehört, mit Todesstrafe oder mit körperlicher Büchting bedroht ist, während die Anwendung dieser Strafen nach den Gesetzen des Staates, welchem das ersuchte Gericht angehört, nicht zulässig ist. Ob einer der Fälle unter 1 oder 2 vorhanden, ist nach den Gesetzen des Bundesstaates, in dessen Gebiete der Beschuldigte oder Verurtheilte sich befindet, zu beurtheilen.

Wir stellen diese Einschaltung außer der Reihe an die Spitze, weil sie manche Besorgnisse befehligen wird. Die Diskussion über Abschnitt 3 wird selbstverständlich nur von Juristen geführt und es handelt sich dabei um die Grundanschauung, ob der Bund für die Fragen der Kriminaljustiz ein Einheitsstaat oder eine Verbindung selbständiger Bundesmitglieder ist, die in Bezug der Auslieferung auf dem internationalen Fuß stehe. Ein im letzteren Sinne gestellter Antrag v. Luck und Graf Bassewitz zu § 23, der auch den Befall der Fortschrittspartei hat, wird abgelehnt; dagegen werden verschiedene Zusätze v. Luck zu 25 und 27, mit denen der Referent der Kommission, Abg. Schwarze und Bundeskommissar Pape, einverstanden sind, genehmigt.

Zu § 40, der von der Beugungspflicht handelt, wird folgender vom Abg. Luck eingebrachter Zusatz genehmigt: Gegen denjenigen, welcher dieser Pflicht zu genügen sich weigert, ist das Gericht befugt, Zwangsabfuhr bis zur Höhe von 200 Thlr. oder auch, je nach der Schwere des Falles, Zwangsabfuhr bis zu 6 Wochen aufzuerlegen. Hat der Richter über die streitige Sache entschieden und in der Entscheidung den Beweisgegenstand, über welchen das Beugnis verweigert worden, für erheblich und unerweise erklärt, so wird die Verweigerung als ein Vergehen mit Gefängnis bis zu 6 Wochen oder Geldbuße bis zu 200 Thlr. bestraft. Im Uebrigen wird durchweg die Fassung der Kommission durchweg genehmigt.

Schließlich wird folgende Resolution des Abg. v. Hagle angenommen, die v. Bernuth als ein zur Überbrückung des Mainz wohlgeeignetes Mittel und als einen Gruß an die süddeutschen Brüder empfiehlt, die morgen zum Sollparlament hier eintreffen werden:

den Bundeskanzler zu eruchen, die geeigneten Schritte zur Herbeiführung des Abschlusses von Jurisdiktionsverträgen mit den süddeutschen Staaten zu thun.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag.

Parlamentarische Nachrichten.

— Von dem Landtagsabgeordneten Dr. Eberty, im Auftrage des Ausschusses des Berliner Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts, ist dem Reichstage eine Petition zugegangen, in welcher die Befähigung der Frauen und Mädchen bei der die Eisenbahnbetriebs- und Postdienst beantragt wird.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. Juni.

— Das 1. Konstitutum unserer Provinz findet es im Hinblick auf den möglicherweise noch in diesem Jahre bevorstehenden Zusammentritt der Provinzialsynode für dringend geboten, die Kreissynoden, so früh als irgend thunlich, einzuberufen und proponirt für die Verhandlungen derselben u. A. folgende Frage: „Wie kann die Kirche und ihre Organe in ihrer Fürsorge für die entlassenen Straflinge sich daran mittheiligen, daß denselben die Begründung einer bürgerlichen Freiheit ermöglicht und erleichtert und die Gefahr des Rückfalles von ihnen abgewendet werde?“

Hierzu wird in der Bekanntmachung bemerkt:

Schon aus der Fassung des Proponentums ergibt es sich, daß es uns nicht sowohl darauf ankommt, hierbei die allgemeinen, überall zutreffenden Momente seelsorgerlicher Bedienung in Berüfung gestellt zu sehen, als vielmehr die Mittel zu erforschen, durch welche den besonderen Nothständen und Versuchungen dieser oft nur zu sehr verstohlenen und um ihre bürgerliche Existenz vergeblich ringenden Klassen wirksam begegnet werden kann. — Es wird dabei namentlich auch in Frage kommen, inwieweit für die Bildung von Vereinen, resp. eines Provinzialvereins zur Fürsorge für die Entlassenen, wie ein solcher in anderen Provinzen bereits in Seegen wirkt, und wie er von mehreren Strafanstaltsdirektoren unserer Provinz lebhaft herbeigewünscht wird, die erforderlichen Bedingungen auch diesseits vorhanden sind.

— Folgende Personalaufnahmen und Balanzanzeigen entnehmen wir dem „Kirch. Amisbl. des l. K. d. Pr. Pol.“. Die Ordination zum geistlichen Amte empfingen durch den l. General-Superintendenten D. Cranz: Am 14. Mai c. der Predigtamtsland. Fr. Ab. Rud. Münnich aus Hillersleben, und am 23. Mai c. der Predigtamtsland. R. A. L. Rasmus aus Breslau. Berufen wurde der vorgenannte Kandidat zum Hilfsgeistlichen für die Parochie Dobornik mit Anweisung seines Stationsorts in Ludom, und der Predigtamtsland. R. W. Th. Bans zum Hilfsgeistlichen in Bromberg. Bakant find: die bisher durch einen Pfarrverweser interimsförmig verwaltete Pfarrstelle in der Stadt Buk, und die Pfarrstelle in Grünfier bei Bilehne, deren bisheriger Inhaber zum 1. Juli c. emeritiert wird, und zu welcher außer der Stutterkirche noch drei Filialkirchen nebst der Inspektion über fünf Schulen gehören.

— In der Stadtverordneten-Sitzung am 2. Juni waren anwesend 23 Stadtverordnete, der Bürgermeister und 4 Stadträthe. Den Vorort führte Hr. Pilek. Nachdem derselbe ein Schreiben des Herrn Gaffey verlesen, in welchem dieser mittheilt, daß er Kranklichkeit halber verhindert sei, während der nächsten Wochen den Sitzungen beizuhören, wird in die Tagesordnungen eingetreten.

Betreffend die Pflasterung des östlichen Theils der Leichstraße macht Hr. Bielefeld als Referent die Mittheilung, daß die Angelegenheit in der Finanz- und Baukommission noch nicht genügend vorbereitet sei. Es wird einerseits hervorgehoben, daß nur der Militärfistus wegen der Legge des neuen Artillerie-Zeughaußes, welches an die Leichstraße grenzt, ein Interesse an der Pflasterung derselben habe; dagegen wird andererseits geltend gemacht, daß diese Straße, die gegenwärtig bei anhaltendem Regenwetter für schweren Fuhrwerk gar nicht zu passiren sei, zur Aufnahme eines Theils des Verkehrs, welcher von der Schifferhalle herkomme, durchaus gepflastert werden müsse. Der Militärfistus wird an seine Kosten längs des Zeughaußes in der Leichstraße Granitinnen und Crottoirs legen lassen. Die Verfassung beschließt, entsprechend dem Magistratsantrage, die zu der Pflasterung nötigen 1050 Thlr. zu bewilligen.

Betreffend die neue Feuerlösch-Ordnung theilt Hr. L. Jaffe mit, daß die gemischte Bau- und Finanzkommission, welche über diese Sache am vergangenen Freitag berathen habe, den Antrag stelle, sowohl den Entwurf des Magistrats, als auch den von dem Herrn Krzyanowski ausgearbeiteten und von den Herren Beckert und Gersel revidirten Gegenentwurf, nach welchem das Feuerlöschwesen unserer Stadt dem hiesigen Rettungvereine unter Oberaufsicht eines aus dem Stadtbaurath, mehreren Stadtverordneten und Mitgliedern des Vereins befehenden Direktoriums in die Hand gegeben werden soll, einer aus Mitgliedern des Magistrats und Stadtverordneten gewählten Kommission zur nochmaligen Beratung zugehen zu lassen, zu der dann noch Mitglieder des Rettungvereins hinzugezogen werden könnten. — Herr Bielefeld theilt mit, daß in der Kommissionssitzung am Freitag, welcher auch der Direktor des Rettungvereins, Herr Krzyanowski, beigewohnt habe, lebhaft die Frage ventiliert worden sei, ob es gerathen sei, dem Rettungvereine gegen Übernahme des Feuerlöschwesens unserer Stadt seitens der Kommune eine nicht unbedeutliche Summe zu bewilligen, ohne daß den städtischen Behörden das Recht eingeräumt werde, die Verwendung dieser Mittel zu kontrolliren, denn diese Anforderung werde von Seiten des Direktors des Rettungvereins gestellt. Wenn nun auch der gegenwärtige Direktor dieses Vereins durch seine Tüchtigkeit der Stadt die nötigen Garantien leiste, so könne man doch nicht wissen, ob ein gleich tüchtiger Mann sein Nachfolger sein würde, auch würde die Kommune schwierig im Stande sein, bei halbjährlicher Kündigungstricht, wie sie in dem Gegenentwurf vorgesehen sei, das Feuerlöschwesen anderweitig zu arranjiren. Es lägen demnach 3 Möglichkeiten vor, entweder erichte die Stadt eine Feuerwehr, oder sie übertrage das Feuerlöschwesen dem Rettungverein, oder sie verschmelze diesen Verein mit einer zu errichtenden städtischen Feuerwehr. Die Versammlung möge zunächst darüber schlüssig

werden, auf welche dieser drei Arten sie das Feuerlöschwesen unserer Stadt arranjiren wolle. — Nach längerer Diskussion, an der sich noch die Herren Nitkowski, Mamroth und Löwinsohn beteiligen, wird beschlossen, die Angelegenheit einer aus Mitgliedern des Magistrats und Stadtverordneten bestehenden gemischten Kommission, zu deren Beratung dann noch Mitglieder des Rettungvereins hinzugezogen werden sollen, zu überweisen. Seitens der Versammlung werden in die Kommission gewählt die Herren L. Jaffe, Löwinsohn, Nitkowski, J. Reimann, Gersel.

Als Mitglieder der Direktion der Gas- und Wasserwerke werden die Herren R. Schmidt und R. Asch, welche gegenwärtig ausscheiden, auf 2 Jahre wiedergewählt.

Remunerationen werden einem städtischen Kassenbeamten in Höhe von 25 Thalern, und den städtischen Nachtwächtern im Gesamtbetrag von 122 Thalern bewilligt. — Die definitive Anstellung eines Gehilfen des Stadt-Inspectors wird genehmigt.

Betreffend das in der Straße vorgebaute Komtoirthäuschen auf dem Grundstück Kleine Gerberstraße Nr. 5 hat die Baukommission darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Seitens der Feuerwehrabteilung früher festgestellten Regulierungspläne das Gerberhaus in der Kl. Gerberstraße beabs. Errichtung einer graderen Straßenschlucht bei einem künftigen Wiederaufbau um 18 Fuß zurückgerückt werden müsse, und demnach das neu gebaute Komtoirthäuschen auf dem Nachbargrundstück Nr. 5 auf städtischem Territorium errichtet sei. Die Angelegenheit wird dem Magistrat zur Formulirung eines bestimmten Antrages auf Erhebung einer Facht zugewiesen.

Betr. die Fensterarlagen im ehemaligen Artillerie-Berghaus innerhalb der Stadt stellt Herr Mamroth die Anfrage, ob der Magistrat alle nötigen Schritte zur Abwendung des Bewohnern der Schroth durch Anlage eines Pulverschuppens drohenden Unheils gethan habe. Nachdem Herr Stadtbaurath Stenzel mitgetheilt, daß der Magistrat sich in dieser Angelegenheit bereits an die Regierung gewendet habe, beschließt die Versammlung den Magistrat zu ersuchen, eine Petition gegen die Anlage des Pulverschuppens an den Kriegsminister, sowie an den Reichstag und Landtag zu richten.

Betr. die Errichtung eines Pulverschuppens innerhalb der Stadt stellt Herr Mamroth die Anfrage, ob der Magistrat alle nötigen Schritte zur Abwendung des Bewohnern der Schroth durch Anlage eines Pulverschuppens drohenden Unheils gethan habe. Nachdem Herr Stadtbaurath Stenzel mitgetheilt, daß der Magistrat sich in dieser Angelegenheit bereits an die Regierung gewendet habe, beschließt die Versammlung den Magistrat zu ersuchen, eine Petition gegen die Anlage des Pulverschuppens an den Kriegsminister, sowie an den Reichstag und Landtag zu richten.

Betr. die Errichtung besserer Einrichtungen bei Einschäfung der Kommunal-Einkommensteuer beantragt Herr Mamroth eine Kommission zu ernennen, welche diese Angelegenheit zu berathen habe. Die Versammlung ist damit einverstanden, und wählt in die Kommission die Herren Sal. Briske, R. Schmidt und Janowitz.

Betr. die künftige Verwendung des zugeschütteten Sapientheiches ist von der Baukommission an den Magistrat eine Anfrage gerichtet worden. Dieselbe wird von Herrn Stadtbaurath Stenzel dahin beantwortet, daß in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidung getroffen sei.

Die Anstellung zweier Elementar-Schullehrer, der Herren Ostromski und Seyda, wird genehmigt.

— Seitens der Direktion der städtischen Wasserwerke war die Bemerkung gemacht worden, daß in neuerer Zeit außerordentlich viel Wasser verbraucht wurde, so daß die Pumpen fast andauernd in Thätigkeit bleiben mußten; es lag demnach die Vermuthung nahe, daß entweder an irgend einer Stelle ein bedeutend Unbilligkeits eingetreten sei, oder von Seiten einiger Konsumanten in unverantwortlicher Weise Wasser vergeudet werde. Nachdem sich herausgestellt, daß das Erste nicht der Fall sei, ergaben die näheren Nachforschungen, daß mehrere Konsumanten, theils aus Nachlässigkeit, theils auch, um sich die Wüste des Berges der Steinsteine zu ersparen

Kinder und zur Anschaffung von Lernmitteln, als: Atlanten, Schreib- und Zeichenmaterialien etc. überwieg.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Berlin.** In der Sitzung der Berliner geographischen Gesellschaft vom 10. April legte Prof. Kiepert zwei nicht zum Druck bestimmte Blätter Karten vor, welche Franz Maurer's Routen darstellen, die derselbe im Jahre 1868 in Bosniens zurückgelegt hat, und welche nach seinen an Ort und Stelle angefertigten Skizzen, sowie unter Benutzung seiner mündlich erläuterten Tagebuch-Notizen von Prof. Kiepert im Maßstabe von 1 : 200,000 gezeichnet worden sind, wobei derselbe zur Vergleichung des gewonnenen Resultats die entsprechenden Strecken aus Koschewitsch's großer Karte Bosniens in demselben (vergrößerten) Maßstabe daneben gezeichnet hatte. Er knüpfte folgende Mittheilungen an die Vorlage der Blätter: Die im Jahre 1863 vom österreichischen Generalstab nach den vom Major Koschewitsch 1863 zurückgelegten Routen und gesammelten Skizzen herausgegebene große Karte Bosniens sei bei ihrem Erscheinen als das Vollkommenste begrüßt worden, was auf diesem kartographisch sehr vernässigten Gebiete bisher geleistet worden, es sei ihm indessen sehr bald aufgefallen, daß dieselbe Vieles enthielt, was unmöglich mit der Wirklichkeit übereinstimmen konnte und habe er auch seinen Verdacht bestätigende Nachrichten aus Wien und anderen Orten erhalten, so daß er zu dem Urtheil gelangte, die betreffende Karte habe vor ähnlichen älteren und ganz alten, die bei ihrer Anfertigung hauptsächlich benutzt worden, sehr wenig voraus. Als daher im Sommer des vergangenen Jahres Maurer ihn um Belehrung hinsichtlich Bosniens, Serbiens und Bulgariens ersuchte und sich zur Ausführung von Aufträgen erbot, habe er diese Gelegenheit mit Freuden ergriffen, um sich u. A. über die in Rede stehende bosnische Karte einzige Kontrolle zu verschaffen und den Genannten darauf aufmerksam gemacht, daß sich durch fleißige Benutzung so einfacher Mittel, wie Uhr und Kompass, neben gewissenhaften Tagebuch-Notizen und, wenn auch ganz rohen, aber an Ort und Stelle angefertigten Skizzen Vieles erreichen lasse. Maurer habe seinen Rath eifrig befolgt, ein reichhaltiges Material zurückgebracht und ihm zur Benutzung übergeben, so daß sich mit Recht sagen lasse, seine Reise habe nicht bloß auf dem ethnographischen Gebiete der Savelländer, worüber er der geographischen Gesellschaft schon Mittheilungen gemacht, sondern ganz besonders auch auf dem kartographischen schägenschwerte Ergebnisse zu Tage gefördert, welche indessen leider mit Koschewitsch's Karte zum Theil gar nicht in Übereinstimmung zu bringen sind, besonders auf den vor Maurer noch nicht bereiteten Strecken zwischen Serajewo über Dolovo und Kladanj nach Dolina-Tusla und der kurzen von Dubica nach Priedor, sowie den längeren erstmals vor langer Zeit bereiteten Strecken zwischen Banjaluka über Standar-Waluf nach Trawnik. Aber selbst solche Strecken, die Koschewitsch selbst berührt habe, seien auf seiner großen Karte auf fallend fehlerhaft dargestellt worden. Sei dieser Umstand im Interesse der Wissenschaft sehr zu beklagen, so sei es andererseits um so wünschenswerther, daß sich recht häufig Reisende herbeiziehen möchten, schon vorhandene Karten zu kontrollieren, da sich, wie schon gesagt, mit geringen Mitteln Vieles erreichen lasse, wenn man dieselben gewissenhaft und eifrig benutzt. Der Vortragende wies auch als nachahmenswert darauf hin, daß Maurer eine Anzahl Bergprofile, sowie hervorragende Ruppen abgezeichnet und von mehreren Städten Grundrisskizzen angefertigt habe.

* **Bis dat qui elto dat!** Sonnabend den 29. Mai wurde die Gewerbe-Ordnung vom Reichstag und vom Bundesrat definitiv angenommen, und heute liegt uns bereits eine vollständige Ausgabe mit alphabethischem Sachregister vor. Wenn schon die Schnelligkeit, mit der Dr. G. Hirth das vier Bogen starke Heft zu Stande gebracht, seiner Ausgabe die Gunst des Publikums sichert, so wird dazu auch die praktische Einrichtung derselben beitragen. Das Werkchen ist von der Buchhandlung von Stille und von Mayden in Berlin (Unter den Linden 21) zum Preise von 5 Sgr. zu beziehen. Fast zu gleicher Zeit ist das Gesetz des Fr. Kortmanns in Berlin erschienen als Heft VI. seiner „Volksausgabe Norddeutscher Bundesgesetze.“

* **Jahndes neues Kursbuch** (offizielle Fahrpläne) nach neuem vereinfachten System bearbeitet. Mit der immensen Ausdehnung, welche das deutsche Eisenbahnsystem im letzten Jahrzehnt genommen und in Zukunft noch nehmen wird, hat die Verbesserung und Vereinfachung der Kursbücher, behufs leichterer Orientirung des umfangreichen in denselben enthaltenen Materials nicht gleichen Schritt gehalten. Jahndes Kursbuch sucht, nun alle Uebelstände durch ein neues System zu beseitigen, dem wir die Vorzüglichkeit und Lebhaftigkeit nicht absprechen können. Das Buch empfiehlt sich außerdem durch seine reiche Ausstattung — es enthält 10 kleine Karten — und sein handliches Format.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin. 2. Juni. Die schon mehr erwähnte, als finanzielle Hilfsmaßregel jetzt in Ausführung gebrachte Beschränkung der Steuerkredite wird nach einem Anschlage in der Stettiner Börse, vom 1. Juni ab in der Weise ins Leben treten, daß die Abgabenkreditierung fernherin an die Bedingung geknüpft sein soll, daß jeder Steuerchuldige, welcher vom 1. Juni d. J. ab nach Mäßgabe der bestehenden Vorschriften die Stundung fälliger Beträge an Zoll, Rübenzuckersteuer, Branntweinsteuern, Salzabgabe oder Stempelsteuer in Anspruch nimmt, am Schlusse jedes Monats über die im Laufe derselben gestundeten Beträge, sobald solche die Summe von 100 Thlr. erreichen, auf den Verfallstag des Kredits lautende, zur Diskonturierung geeignete Wechsel ausstellt. Es ist dabei die für kaufmännische Wechsel übliche Form beizubehalten, also die Verwendung eines andern Formats zu vermeiden.

Stettin. 30. Mai. Da die projektierte feierliche Eröffnung der Eisenbahnstrecke Köslin-Stolp durch den bekannten Unfall vereitelt worden ist, so soll die Eröffnung, sobald die erforderlichen Erdarbeiten vollendet sein werden, ohne weitere Feierlichkeit seitens der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft stattfinden. (N. St. 3.)

** **Der projektierte Kanal** zur Verbindung der Ost- und Nordsee scheint allerdings zur Ausführung zu kommen, aber nicht bei Flensburg und auch nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Jütland, woselbst die Dänen bereits den Hafen von Esbjerg an der Westküste in Angriff genommen haben; sobald will man den Limfjord vertieft und einen zweiten Hafen in der Biscayensee anlegen. Letzteres Werk stellt die vorhergenannte Hafenanlage unbedingt in Schatten und wird für die Schiffsahre des Nordens als von großer Bedeutung anerkannt werden müssen.

Hamburg. 2. Juni. (Tel.) In einer gestern abgehaltenen Konferenz haben die hiesigen Petroleum-Makler beschlossen, für Terminsgeschäfte in pennsylvanischem, in Amerika raffiniertem Petroleum, künftig nur Differenzrechnungen zu geben und anzunehmen, welches das Regulierungsgewicht mit 120 Brt. für 50 Barrels anführen.

** **Eine Telegraphengesellschaft** in den Vereinigten Staaten ist vor dem Gerichtshofe der Common Pleas zu 10,000 Doll. Schadensersatz verurtheilt worden, weil sie ein von einer Pittsburger Firma ausgegebenes Geschäftstelegramm nicht befördert hatte. — In Deutschland, wo wir Staatstelegraphen haben, kommen dieselben für Nachlässigkeiten ihrer Beamten nicht auf.

Glogau. 31. Mai. (Wolfe.) Auf dem heute stattgefundenen Wollmarkt waren 1078 Brt. zum Verkauf gestellt worden. Die Wäschefind im Allgemeinen als nur sehr mittelmäßig zu bezeichnen. Das Schurgewicht ergiebt gegen das Vorjahr keine wesentliche Differenz. Als Käufer hatten sich nur einige Händler aus Breslau und Grünberg, sowie ein Fabrikant aus Lenzen und einige Fabrikanten aus Sagan und Sommerfeld eingefunden. Der Markt begann in flauer Stimmung, erst im Laufe des Vormittags, nachdem die Produzenten sich mit einer ansehnlichen Preisreduktion vertraut gemacht, wurde das Geschäft etwas lebhafter. Von dem zum Verkauf gestellten obigen Quantum sind 675 Brt. meistens an Händler aus Breslau und Grünberg, sowie an Fabrikanten aus Lenzen und Sagan mit einem Preisreduktion von 15—20 Thlr. gegen die vorjährigen Glogauer Marktpreise verlaufen worden. Die gezahlten Preise variieren zwischen 44

und 55 Thlr. Im Laufe des Marktes wurden ca. 200 Brt. von den Eigentümern aus dem Marte zurückgezogen, ca. 200 Brt. fanden keine Käufer, weil während des Nachmittags eine entschiedene flauere Stimmung die Oberhand gewann. (B. S. 3.)

** **Der Maulwurf.** Die Frage: „Soll man den Maulwurf hegen oder vertilgen?“ steht seit mehreren Jahren auf dem Programme der größeren und kleineren landwirtschaftlichen Versammlungen, und ihre ältere Wiederkehr beweist, daß sie noch nicht gelöst ist. — Wir denken uns die Sache so: Ungewölfest fest steht es, daß der Maulwurf, ganz entgegen der Volksmeinung, nichts Pfanzliches in sich aufnimmt, sondern nur den manngfachen Thieren lebt, die nicht selten den Garten, Wiesen und Ackeroden erfüllen. Bei seiner Jagd auf dieselben kann es nicht ausbleiben, daß die Wurzeln der Pflanzen in der Art gelockert werden, daß sie keinen festen Halt mehr haben und daher absterben, wie es denn auch nicht selten der Fall ist, daß durch das Aufstoßen der Maulwürfe die Pflanzen, wie es namentlich auf Wiesen geschieht, mit Erde verhüttet werden. Das bei solchen Verwüstungen, in Folge deren auch die Erde erschwert wird, sich der Unwillen des Menschen gegen den Maulwurf richtet, ist verzeihlich. Allein wenn man erwägt, daß der Maulwurf nur solche Landarten heimsucht, auf denen er Nahrung wittert und findet, daß die im Boden lebenden Würmer, Insekten und Insektenlarven die Wurzeln und das Wachsthum der Pflanzen (man denkt nur an die Engerlinge) mehr fördern, als die Maulwürfe, das die Maulwürfe nach glaubwürdiger Erforschung pro Tag fast so viel Nahrung aufnehmen, als ihr eigenes Körpergewicht beträgt, so kann es kaum zweifelhaft sein, daß die Maulwürfe da, wo sie auftreten, doch mehr nützen, als schaden. Mag es in einzelnen Fällen immerhin zu läufig erscheinen, den Verwüstungen des Maulwurfs entgegen zu treten, so hat doch der Gärtner, der Wiesenwirt, der Ackerbauer sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, den Boden frei von Würmern und Insekten zu erhalten. Geschehen kann dies zunächst durch eine sorgfältige Behandlung des Stallmistes. Wo man, namentlich in den Sommermonaten, den Stallmist dem Sommerbrande und der Austrocknung unterliegen läßt, da legen Milstdaden von Bliegen ihre Eier an den Mist, die dann mit demselben in den Boden gelangen, dort aufgezogen und denselben mit manngfachem Gewürme erfüllen, während erfahrungsmäßig ein alltäglich mit Daube bespritzt werden der Mist diese Gefahr befreit. Wer ferner auf seinen Feldern allerlei die Insekten herbeiziehendes Unterkultur duldet, wer vor Winter eine gute Aderung verabsäumt und das Ungeziefer vor der zerstörenden Einwirkung des Frostes schützen hilft, wer endlich in und um die Wiesenländerien Baumspalungen macht, welche die Mäuse herbeiziehen oder wer die Mäuse nicht zerstört: der hat es der eigenen Fahrlässigkeit zuzuschreiben, wenn sich die Maulwürfe einstellen und empfindlichen Schaden verursachen.

** **Düngemittel, Dauer ihrer Wirkung.** So oft bei landwirtschaftlichen Bevölkerungen die Rede auf die pulverförmigen Düngemittel kommt, kann man die Frage hören: „wie lange wirken sie denn?“ Kommt dann die Antwort: „auf zwei oder gar auf ein Jahr“, dann kann man sicher sein, daß die Mehrzahl der älteren Praktiker ebensoviel von einem solchen Düngemittel halten, wie von einem Arzneimittel, das in einem Gläschen statt in einem Glas ankommt. Betrachte man, wie es immer geschehen sollte, jedes Düngemittel als ein Kapital, so würde es klar, daß es sehr vortheilhaft sein muß, von solchen Düngestoffen, die recht schnell zur Wirkung kommen, also bald in die Pflanzen eingehen und hier pfanzliche Gebilde erzeugen, einen recht fleißigen Gebrauch zu machen. Zur Bestätigung dieses Satzes könnten wir aus der Provinz Weinheim, der Pfalz und Sachsen manchen Ort namhaft machen, der durch die häufige Anwendung von Superphosphat allein zu unverkennbarem Wohlstande gelangt ist. Sobald man ein Düngemittel, wie z. B. den frischen Stallmist seiner langen Wirkungsdauer nach schätzt, ist es nicht allein seine düngende Kraft, die man in Betracht zieht, vielmehr sein Vermögen, auf einem geschlossenen, naßen, kalten und unfruchtbaren Boden lockend, trocknend, erwärmend und zur größeren Thätigkeit erregend zu wirken.

Berwischte.

* **Auch gegen den Naturalschulzen anwendbar.** Als die Prediger nach Friedrichs des Großen Thronbesteigung batzen, man möchte ihnen ihr Deputatgetreide, welches Friedrich Wilhelm in Geld stiftet hatte, wieder in Natura verabfolgen lassen, rezipirte Friedrich: „Nein, es Muß bei des Seligen Königs Verfassungen bleiben, wenn auch 100 Priesters heute den geistlichen abschätzen nehn, so kann man Morgen 1000 wieder kriegen. Soldaten kriegen Brot, aber Priesters leben von das himmlische Mann, was von da oben kommt, und ist thy Reich nicht von dieser Welt, sondern von jener; weder petrus noch paulus haben brodkorn gekriegt und ist im Neuen testament kein apostel-Magazin zu finden.“

* **Die Ordensschwester Hedwigis** vom armen Kindlein Jesu, Elisa Radziwill, Tochter des Generals der Infanterie z. D. Fürsten Wilhelm Radziwill, geb. den 15. Januar 1841, ist zu Tachsen am 28. Mai gestorben.

* **Näherinnen nehmen bekanntlich**, wie überhaupt Jeder, der sich im Nähn viel beschäftigt, sehr häufig den Boden in den Mund und lassen ihn oft längere Zeit mit der Mundflüssigkeit in Verührung. Wie häufig nachtblieb diese Angewohnheit sein kann, wird der Betreffende ermessen, wenn er erfährt, daß durch Untersuchung nachgewiesen worden ist, daß in schwarzer Nähleide beinahe 18 pCt. Bleiogyd sich befinden. Man imprägnirt nämlich in vielen Fabriken Deutschlands, Belgien, Frankreichs und der Schweiz die Nähleide mit Bleisalzen, um sie schweren zu machen. Es ist gewiß wichtig genug, alle die mit Nähleide umgehenden Personen hierauf aufmerksam zu machen. Wer weiß, wie zerstörend die durch Bleivergiftungen hervorgerufenen Bleitoxiken etc. auf den menschlichen Körper einwirken, wird die Warnung beherzigen.

* **Koburg.** 27. Mai. Gestern hatten wir hier das gewiß seltene Schauspiel, daß der regierende Fürst des Landes in seinem Hoftheater vor ca. 1200 besonders dazu eingeladenen Personen aus Stadt und Land, vom höchsten Adel bis herunter zum Unteroffizier, als Darsteller auftrat. Es fand eine theatralische Vorstellung mit „Vanna von Barnhelm“ statt, wobei die Beteiligung folgende war: Major v. Lehne: Herzog Ernst; Vanna v. Barnhelm: Miss E. Barnard; Graf v. Bruchsal: Hr. v. Schräbisch, preußischer Major; Franziska: Frau v. Ruffenstein; Juft: Hausmarschall von Wangenheim; Wachtmeister Werner: Emil Devrient; der Wirth: v. Sommersfeld, preußischer Oberleutnant; eine Dame in Trauer: Frau v. Schräbisch; Feldjäger: Blügeladjutant v. Brancon; Riccaut de la Marliere: Oberhofmarschall v. Löwenfels; erster und zweiter Diener: die Dienstleute Blomeyer und Schneidewind. Herzog Ernst hatte bereits im letzten Winter auf dem Residenzschloß in Gotha bei engen begrenzten Räumlichkeiten und Einladungen diese Vorstellung veranstaltet.

* **Prag.** 2. Juni. Gesterne Nachmittag ist die Halogenlin-Fabrik in Winterberg vollständig in die Luft gesprengt. Acht Menschen sind dabei getötet.

* **Über den Nachlass Rossinis** berichtet das „Journal de Paris“: Die Gesamtheit des Manuskripttheatres umfaßt 161 Stücke und ist von Manchot zu 150,000 Franken erstanden worden; macht 1000 Franken Stück für Stück, klein oder groß, wichtig oder untergeordneter Bedeutung, dazu 11 Stücke, welche von Madame Rossini gratis in den Kauf gegeben werden. Darunter sind 103 Klavierstücke und ein Violinolo, Romeo-Acoustik gewidmet; ferner 47 Gesangsstücke, u. a. das Quartett aus den Titanen für vier Stimmen, im Konservatorium aufgeführt, die Hymnen, welche bei der Preisverteilung für die allgemeine Ausstellung aufgeführt worden, und 3 oder 4 Stücke aus Giovanna d'Arco, der Oper, welche der Maestro um Wilhelm Tell willen bei Seite ließ und die er nie vollendet, entmutigt, wie er war, durch den anfänglichen Mißerfolg dieses seines letzten großen Werkes. Auch eine Eigenheit der Kunstschilder, daß Rossini beste tragische Oper „Wilhelm Tell“ beim ersten Ertheilen schlechter vom Publikum aufgenommen wurde, als viele ungleich schwächere Arbeiten des bis dahin so fruchtbaren und dann auf einmal für die Opernbühne verlustigenen Maestro.

* **London.** 27. Mai. Der bekannte Philanthrop Peabody wird England am nächsten Sonnabend wahrscheinlich auf immer Lebewohl sagen, nachdem seine in letzter Zeit beständig abnehmende Gesundheit ihn zu der Rückkehr nach der amerikanischen Heimat bewogen hat. Die Bildsäule, welche die Londoner Kaufmannschaft zum Andenken Peabody's zu errichten beschlossen hat, geht ihrer Vollendung entgegen.

* **London.** 31. Mai. Nach West-Hartlepool bringt das Dampfschiff „George Wyman“, Kapitän Vanby, die traurige Kunde, daß am Donnerstag eine norddeutsche Brigg mit allen Menschen an Bord auf hoher See untergegangen sei. Von dem Dampfer aus sah man das die preußische Flagge führende Schiff mit den Wellen kämpfen (es war etwa 125 Meilen von der schottischen Küste entfernt, in der Höhe von Buchan Ness); ein Rettungsboot wurde unter großer Gefahr zu ihm ausgeschickt, doch erreichte es sein Ziel nicht mehr. Die Brigg ging unter mit ihrer Mannschaft, welche von dem Dampfer aus deutlich auf dem Deck zu erkennen war. Den Namen konnte man nur zweifelhaft als Østens oder ein ähnliches Wort lesen. Ein großer Hund, der zu dem unglücklichen Schiffe gehörte, wurde gerettet.

* **Mit dem „Royal Alfred Theatre“** im Osthende Londons (Arbeiter-Viertel) ist neuerdings eine merkwürdige Restauration verbunden worden — nicht für Erwachsene (denn eine solche Einrichtung wäre nichts Neues), sondern für Kinder unter 5 Jahren. Da nämlich der Drang an „Civilisation“ in dem Osthende Londons so groß war, daß Mütter ihre Säuglinge in das Theater mitnahmen, haben die Besitzer desselben sich veranlaßt gegeben, daß sich hieraus gar häufig ergebenden Unterzügen dadurch vorzubeugen, daß sie einen der großen Säle des Theatergebäudes als Kinderstube einrichteten. Hier sind eine Anzahl Wartesäle mit Milchflaschen postiert, und hier legen die Frauen, wie irgend wo anders Mäntel und Regenkleider, ihre Kinder ab, damit diese sich nötigenfalls ausschreien können, ohne die Schauspieler zu unterbrechen. Hoffentlich giebt es, wie in der Garderobe, auch Mäntel, um späteren Verwechslungen vorzubeugen.

* **In Warschau** starb am Dienstag nach zweiwöchentlichen schweren Leiden der auch dem Posener Publikum bekannte talentvolle Fortepianist Joseph Duliba in Folge einer Wunde, die er in einem Duell davongetragen.

* Nach amerikanischen Blättern ist wiederum ein Veteran der deutschen Emigration zu den Vätern versammelt — Graf Alfred Görz-Wrisberg. Derselbe ist in Schlesien geboren und war zur Zeit seines Todes 64 Jahr alt. Er trat früh in die preußische Armee ein und war Adjutant eines preußischen Prinzen, fand aber diese Stellung mit seinen freisinnigen Ansichten unvereinbar und nahm seinen Abschied, um sich der journalistischen Laufbahn zu widmen. Als Redakteur eines Blattes in Frankfurt a. O. wurde er, nach der Revolution im März 1848, in die preußische Nationalversammlung gewählt und gehörte derselben bis zu ihrer Auflösung, als Mitglied der Linken an. Wir finden ihn bald darauf in Baden bei dem Aufstand im Frühjahr 1849, nach dessen unglücklichem Ende er sich in die Schweiz flüchtete. Nach einiger Zeit kam er nach den Vereinigten Staaten und ließ sich in Monroe, Wis., als Farmer nieder. Nebenbei befasste er sich literarisch. Nach Ausbruch des Krieges trat er, ein grundfester Demokrat und warmer Unionstreund, in ein Wisconsiner Regiment als Offizier ein und wurde bald darauf dessen Kommandeur. Nach seinem Austritt aus der Armee lebte er in Galena, Ill., wo er bis zu seinem Ende ansässig blieb. Bei der letzten Wahl war er zum Friedensrichter gewählt worden und dieses Amt sollte er am 1. Januar antreten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde

vom 3. Juni

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Wiener und Alexander aus Breslau, v. Häusser aus Paris, Saalwächter aus Berlin, Wahrendorf aus Elberfeld, Stanis, Berger, Parisius und Scherwona aus Berlin, Habrant Giesen aus Mühlhausen, Gutbesitzer Frau Wolanka aus Bardo, die Rittergutsbesitzer Kiedrzynski aus Modlibowko, Douglas aus Breslau, Vandrat Pirmy aus Graudenz, tgl. Hofrat Winthaus aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Weber aus Glogau und Lange aus Küstrin.

SCHWARZER ADLER. Die Gutbesitzer Kurovski aus Jaroszyn, Krzeczkowicz aus Polen, Tieze aus Kleścienko, v. Raczyński aus Polczynica, Budzynski aus Pszay, Rentier Pegel aus Sapowice.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Wilkowksi aus Morla.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Gutbesitzer Wolski und Frau aus Opatomko und Schmalbach aus Berlin, die Kaufleute Posner aus Bentschen, Lewy aus Wollstein und Gottschalk aus Stolp.

TILSNER'S HOTEL SARMI. Die Kaufleute Wolff aus Breslau, Kliemer aus Berlin, Kondukteur Glieme aus Schröda.

HOTEL DE PARIS. Frau Meyer aus Patosc, Gutsverwalter Draminski und Frau aus Klomy.

Bekanntmachung.

Die Einrichtung eines Brutfests im hiesigen Polizeigefängnis, auf 45 Thaler veranlagt, soll auf Anordnung der Königl. Regierung im Wege der Minus-Lizitation zur Ausführung gebracht werden.

Bietungstermin steht zum 15. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Polizei-Dienstgebäude vor dem Kanzleirath Stolzenberg an, zu welchem Unternehmungslustige eingeladen werden.

Kostenanschlag und Bedingungen können täglich in den Dienststunden bei dem genannten Beamten eingesehen werden.

Posen, den 1. Juni 1869.

Königliche Polizei-Direktion.
Strom.

Bekanntmachung.

Der im vorigen Jahre auf Antrag einer Anzahl hiesiger und auswärtiger Firmen begründete Saatmarkt in Leipzig wird in diesem Jahre

am 5. Juli

in den Räumen des Schützenhauses gehalten werden.

Leipzig, am 22. Mai 1869.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch.

In der Louis Jareckischen Konkursache sollen

am 18. Juni c.,

Vormittags 9½ Uhr, 557 Thlr. 9 Sgr. 10 Pf. ausstehende Forderungen, welche im gewöhnlichen Wege nicht haben realisiert werden können, im Wege der Auktion verkaufst werden.

Eine Beschreibung dieser Forderungen unter Angabe der vorhandenen Beweismittel liegt an der Gerichtsstelle im Bureau III. aus. Die Einsicht der vorhandenen Beweismittel ist gestattet.

Gnesen, den 31. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 766 eingetragene Firma C. Emmerich zu Posen ist erloschen.

Posen, den 27. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Posen, den 26. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr. Über das Vermögen des Kaufmanns Simon Ephraim zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung

auf den 4. Mai 1869

festgesetzt worden. Zum einführenden Verwalter der Masse ist der Kaufmann Gerstel zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 12. Juni cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar Kreis-Gerichts-Rath Gaebler im Gerichtsrath-Nr. 13 anbreuenden Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligem Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet sind, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolten oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

20. Juni cr. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebenfalls zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Augleich werden alle Dienstigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

aum 24. Juni cr. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Zeit angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 10. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem obengenannten Kommissar im Gerichtsrath-Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am liegenden Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Dienstigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Justizräthe Bierah und Tschuschke und der Rechtsanwalt Pilet zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Bekanntmachung.

Das den Erben der Maler Johann und Olympia Simonsons Cheleute gehörige, zu Posen, Vorstadt St. Koch sub Nr. 23 belegene Grundstück soll im Termine

den 23. Juni d. J.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Reichsgericht Delovius an ordentlicher Gerichtsstelle an den Meistbietenden vom 1. Juli d. J. ab verpachtet werden.

Posen, den 27. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Das zur Joseph v. Bienkowskischen Konkursmasse gehörige Rittergut Smuszewo, dessen Flächenthal 2391, Morgen beträgt und das nach einem Reinertrag von 2472,6 Thalern zur Grundsteuer und einem Nutzungswert von 197 Thalern zur Gebäudesteuer veranlagt ist, soll in dem

am 3. September 1869,

Nachmittags 5 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle anliegenden Terme im Wege der notwendigen Substitution versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Aufschlags am 10. September 1869, Mittags 12 Uhr, publiziert werden.

Die Auszüge aus der Steuerrolle und der Hypothekenchein können in unserem III. Bureau eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentums- oder andererlei, zur Wirtschaft gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeldung der Praktikation spätestens im Bietungstermin anzumelden.

Wongrowiec, den 27. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Der Subsistationsrichter.

Nothwendiger Verkauf. Kreisgerichts-Kommission I. zu Czarnikau.

Das in Gulec sub Nr. 15A belegene, früher dem Adalbert Markiewicz jetzt dem Wahlmeister Nitodem Szczepski gehörige Grundstück, gerichtlich abgeschägt auf 9433 Thlr. 6 Sgr. 8 Pf. aufgabe der nebst Hypothekenchein in der Registratur eingesehenden Tage, soll im neuen Bietungstermin

am 1. Juli 1869,

Vormittags 12 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle resubhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Alle Interessenten, der in der Markiewicz'schen Subsistationslache angelegten

Johann Borowyschen,

Moritz Philipp'schen,

Stanislaus Michalski'schen,

Kommendarius Giszmann'schen,

Suffiziat Hanke'schen

Specialmassen

wurden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 18. Dezember 1868.

Königl. Kreisgerichts-Kommission I.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 766 eingetragene Firma C. Emmerich zu

Posen ist erloschen.

Posen, den 27. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Posen, den 26. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr. Über das Vermögen des Kaufmanns Simon Ephraim zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung

auf den 4. Mai 1869

festgesetzt worden.

Zum einführenden Verwalter der Masse ist der Kaufmann Gerstel zu Posen bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 12. Juni cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar Kreis-Gerichts-Rath Gaebler im Gerichtsrath-Nr. 13 anbreuenden Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligem Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet sind, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolten oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

20. Juni cr. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebenfalls zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Augleich werden alle Dienstigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

aum 24. Juni cr. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Zeit angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 10. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem obengenannten Kommissar im Gerichtsrath-Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem

Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der

Anmeldung seiner Forderung einen am liegenden

Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns

berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten

bestellen und zu den Akten anzeigen. Dienstigen, welche es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Justizräthe Bierah und Tschuschke und der Rechtsanwalt Pilet zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Die Kostenanschläge, Bezeichnungen und Be

dingungen können an jedem Wochentag Vor-

mittags 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von

2 bis 6 Uhr in meinem Bureau eingesehen

werden.

Die Submissionsforderungen sind nach

Prozentzägen unter den Aufschlags-

beträgen zu bestimmen.

Posen, den 24. Mai 1869.

Der Wasserbau-Inspektor

Schuster.

Der Ausverkauf der Waarenbestände der

Charles Kaul'schen Konkursmasse, befindet

aus: Cigarren, Nachrequisiten, Spar-

zertifikaten, Portemonnaies ic. ic.

wird zu bedeutend ermäßigen Preisen im Ge-

schäftslokal, Schloßstraße Nr. 4, fortgesetzt.

Der gerichtliche Maßenvorwärter

Ludwig Manheimer.

Am 5. d. Monats, Nachmittags

3 Uhr, wird der Obstgarten in

Pawlowo bei Kiszkowo öffent-

lich verpachtet.

Eine in der Provinz Preußen an der Bahn

gelegene, neu eingerichtete

Stärke-Fabrik

ist unter vortheilhaftesten Bedingungen zu ver-

kaufen resp. wird ein Teilnehmer mit 6000

Thlr. dazu gesucht. Adressen sub Nr. 5170

befordert die Annencon-Expedition von

Rudolf Mosse in Berlin.

Bekanntmachung.

Das den Erben der Maler Johann und

Olympia Simonsons Cheleute gehörige,

zu Posen, Vorstadt St. Koch sub Nr. 23

belegene Grundstück soll im Termine

Leonberg.

Aufforderung.

Auf Absterben der Regine Dorothea geb.

Rudolph Rabsilber in Posen,

Brettfeststrasse 20, Büttelstrasse 10, empfiehlt ergebenst sein seit 23 Jahren hier bestehendes

Speditions- und Versadungs-Geschäft

zur Uebernahme von
Woll-Speditionen, Dampfkessel-, Maschinen- und Möbel-Transporten, sowie Ab-
rollen von Wollen &c. von der Bahn und auf Lagerschaffen, unter Zusicherung prompter
und billiger Bedienung.

Während des Wollmarktes, Comptoir: Alten Markt und Breslauerstrassen-Ecke Nr. 60.

**Patent-Damen- u. Kin-
derstrümpfe, Socken u. Bein-
längen für Kinder (An-
streicher)** empfiehlt

S. Tucholski,

Wilhelmsstrasse 10.

Ausverkauf von bunt seidenen Bändern
sehr billig bei **H. Salz**, Neustr. 70.

Badewannen,
aus starkem Eisen gearbeitet, in
allen Größen, verleih und
verkauft

H. Klug.

Friedrichstr. 33.

**Der Spielwaarenbazar von
B. P. Wunsch,**
Wilhelmsstrasse 24,
empfiehlt Kinderwagen, Feuer-
werkskörper, Ballons, alle Sorten
Denstergaze, Velocipedes und andere
neueste Spielwaaren, sowie eine grosse
Auswahl Galanteriegegenstände zu den
billigsten Preisen.

Avis für Raucher.

Orbe	a 9 Thlr. pro Mille.
Novia	10
Ullissa	10
Grant	13/3
Augusta	13/3
Minerva	13/3
Ines	13/3
Florencia	15
Golondrina	15
Progreso	15
Manilla	16
Zamora	16
Juno	20
Rionda	20
Henry Clay	20
Maravilla	20
Rosa Habana	20
Escorial träftig	20
Commercial	20
Reyna Regalia	25
Palmito	25
Vidalgo	25
Bretona träftig	27/2
Crespo	30
Uppman I.	30
Flor Pinal	30
Flor de Londres	40
Cabanos	40
Integridad	40
Venezuela	40
Aguinaldo Oro	50
empfiehlt als ganz vorzüglich im Geschmack und Aroma	

M. Heymann,
Posen, Glogau,
Friedrichstr. 33a. Paradeplatz.

Bitte um gefällige Angabe, ob die Cigarette
stark, mittel oder leicht sein soll.

Dr. Danz. Spezialläden bei Ketschoff.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 3. Juni 1869. (Wolff's teleg. Bureau.)

Not. v. 2. v. 1.

Roggen, fest.		Roggenbörsen fest.	
Juni	51 1/2	51 1/2	52
Juli-August	50 1/2	50 1/2	50 1/2
Herbst	49 1/2	50	50 1/2
Kanalliste:		Aktien	
nicht gemeldet.		209	205
Rübd., fest.	137	134 1/2	134 1/2
Juni	11 1/2	11 1/2	11 1/2
Herbst	11 1/2	11 1/2	11 1/2
Spiritus:		Russ.	
matt.	16 1/2	17 1/2	17 1/2
Juni-August	17 1/2	17 1/2	1860 Loope
Herbst	16 1/2	17	17
Kanalliste:		Italiener	
nicht gemeldet.	16 1/2	16 1/2	16 1/2

Stettin, den 3. Juni 1869. (Mareuse & Mass.)

Not. v. 2.

Rübd., fest.		Rübd., fest.	
Juni-Juli	67 1/2	68 1/2	68 1/2
Juli-August	68 1/2	69 1/2	69 1/2
Sept.-Okt.	67 1/2	68 1/2	68 1/2
Roggen, niedriger	51 1/2	52 1/2	52 1/2
Juni-Juli	50	50 1/2	50 1/2
Sept.-Okt.	49	49 1/2	49 1/2

Börse zu Posen

am 3. Juni 1869

Bonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 83 1/2 Br., do. 5% Provinzial-Obligationen 86 1/2 Br., do. Provinzial-Banknoten 101 Br., do. 5% Provinzial-Obligationen

Eingetretener Verhältnisse wegen ist ein sehr schönes, noch unbekanntes Konzert-Pianino, aus der Fabrik von Steinway & Sohn in Newyork, zu verkaufen. Nähre Auskunft erheilt J. J. Kottwitz, Kl. Gerberstraße 7, 2 Treppen.

Berlinerstr. 14. ist ein möbliertes Zimmer im dritten Stock sofort zu vermieten.

Ein Zimmer mit oder ohne Möbel ist Kurzgasse 27/28, am Markt, zu vermieten zu erfragen bei N. Wiener.

Getreide-Agenten, welche regelmässige Bieferungen vermittel können, werden gebeten, ihre Adressen zu sub L. 113 an das Intelligenz-Kompt, Kurfürst 14 in Berlin, gelangen zu lassen.

In meinem Kolonialwaren-Geschäfte ein gros et en détail findet ein Kommiss mosaischen Gläubens, beider Landessprachen mächtig, sofort oder zum 1. Juli c. Aufnahme.

H. Friedmann, Erzemeszno.

Ein erfahrener, umsichtiger Kellner, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, gewandt mit der Feder, der schon in grösseren Häusern servirte, wird für ein grösseres Hotel in der Provinz unter günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht.

Offerten sub P. V. an die Expedition dieser Zeitung.

Mein Gesinde-Vermietungs-, Geschäftsvermittlungs- u. Wohnungs-Nachweis-Bureau empfiehlt ich den geehrten Herrschäften zur ganz besonderen Beachtung.

Ernst Lukas, Mühlstr. 14.

Ein erfahrener Hauslehrer, der zugleich in Sprachen unterrichtet, sucht Stellung. Gef. Offert. unter C. P. Wengierskie, poste restante, werden erbeten.

Einen Hofbeamten, der polnisch und deutsch spricht, sucht das Dom. Niewierz bei Dusznik vom 1. Juli c. ab. Persönlich Vorstellung gewünscht. Gehalt 80 Thlr. mit freier Station.

In meinem Droguen-Geschäft kann zum 1. Juli ein Lehrling placirt werden, der mindestens die Fähigkeiten eines Sekundaners besitzt. Kenntniss der polnischen Sprache erwünscht.

Carl Wenzel in Bromberg.

Ein hiesiger Bürger sucht schriftliche Beschäftigung; gefall. Befestigten belieben ihre Adresse abzugeben in der Exped. d. Stig.

Die dem Schachtmester Herrn Eduard Waese nicht absichtlich angehende Bekleidung nehmen wir hiermit vollständig zurück!

Kinsale und Frau. Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter, der Witwe Alma Nande, mit dem Bädermeister Herrn Julius Kober aus Samter zeige ich ergebenst Verwandten und Freunden hiermit an.

Guben, den 1. Juni 1869.

E. Griesch. Als Verlobte empfehlen sich:

Alma Nande, Julius Kober.

Guben. Samter.

Verspätet! Am 30. v. Mts. entstieß nach längerem Leiden unser geliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Schwager, der Chirurg und Gasthofbesitzer Dr. W. Senff, was wir tief betrübt Freunden und Bekannten anzeigen.

Bugleich allen den zahlreichen Söhnen und Freunden, welche uns bei der Beerdigung ihr Beileid und Liebe bewiesen, unsern aufrichtigsten Dank.

Wronie, den 2. Junit 1869.

Die Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Hr. B. Epenstein in Berlin mit sel. Davida Lewjewski in Schwedt,

litten nur 7000 Ctr. und ist ein Theil davon wieder in feste Hände ge-
langt. Kündigungspreis 51 1/2 Rt.

Roggenmehl still und matt. Kündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 3 Rt. 15 1/2 Sgr.

Beizeln etwas niedriger. Kündigt 11,000 Ctr. Kündigungspreis 62 Rt. Hafer solo unverändert. Termine behauptet. Kündigt 10,200 Ctr. Kündigungspreis 29 1/2 Rt.

für Rüböl gab es heute etwas mehr Verläufer, so daß die Preise sich nicht völlig behaupten konnten. Kündigt 1200 Ctr. Kündigungspreis 11 1/2 Rt.

Spiritus hat merklichen Rückgang im Werthe erfahren. Das An-
gebot ist als besonders groß nicht zu bezeichnen, aber die Kauflust war so schwach vertreten, daß das Übergewicht der Offerten recht fühlbar wurde. Kündigt 140,000 Quart. Kündigungspreis 17 1/2 Rt.

Weizeln solo pr. 2100 Pfds. 58—70 Rt. nach Qualität, weiß poln. 68 1/2 Rt. bz. pr. 2000 Pfds. pr. diesen Monat 62 1/2 a 61 1/2 Rt. bz. Juni-Juli 62 1/2 a 61 1/2 bz. Juli-August 63 1/2 a 63 1/2 bz. Sept.-Okt. 64 a 63 1/2 bz.

Roggen solo pr. 2000 Pfds. 51 1/2 a 52 1/2 Rt. bz. schwmt. 83 Pfds. 52 1/2 bz. per diesen Monat 51 1/2 a 1 Rt. bz. Juli 51 1/2 a 1 bz. Juli-August 50 1/2 a 1 bz. Sept.-Okt. 50 1/2 a 4 1/2 bz.

Gerste solo pr. 1750 Pfds. 40—52 Rt. nach Qualität.

Hafer solo pr. 1200 Pfds. 28 1/2—34 1/2 Rt. nach Qualität, 30 a 34 bz., per diesen Monat 29 1/2 a 1 1/2 bz. bz. Juni-Juli do. Juli-August 28 1/2 bz.

Sept.-Okt. 27 1/2 bz.

Gruben solo pr. 2250 Pfds. Kochware 58—65 Rt. nach Qualität. Butterware 51—55 Rt. nach Qual.

Käse pr. 1800 Pfds. 85—89 Rt.

Rübd. Winter 84—88 Rt.

Küdzen, Winter 84—88 Rt.

</div

Rehl. Weizenmehl Kr. 0. 4½ - 3½ R. Kr. 0. u. 1. 3½ - 3½ R.
Roggenmehl Kr. 0. 3½ - 3½ R. Kr. 0. u. 1. 3½ - 3½ R. pr. Gr. unverkennbar exkl. Ged.
Roggenmehl Kr. 0. u. 1. pr. Gr. unverkennbar inkl. Ged. per diesen Monat 3 R. 15 Sgr. bz. Juni-Juli 3 R. 15 Sgr. Br. Juli-August 3 R. 14½ Sgr. Br. Sept.-Okt. 3 R. 13 Sgr. Br.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) pr. Gr. mit Sag: loko 7½ R. per diesen Monat — Sept.-Okt. 7½ a ½ bz. (B. S. 8.)
Stettin, 2. Juni. [Amtlicher Bericht.] Wetter: bewölkt, Nachts 4° R., Mittags +12° R. Barometer 28. Wind: W.
Weizen niedriger, p. 2125 Pfd. loko gelber inländ. 66-69½ R. R. bunter poln. 65½-67½ R. weißer 68-70 R. ungar. 53-60½ R. 83-85 Pfd. gelber pr. Juni u. Juni-Juli 69-68½ bz. Juli-August 69½, ½ bz. u. Br. Sept.-Okt. 68½, 68 bz. (gestern Abend Juni-Juli 69½ bz. Juli-August 70½, ½ bz. bz.)

Roggen matter, p. 2000 Pfd. loko 51½-52½ R. feinstes 53 R. pr. Juni 53, 52½ bz. Juni-Juli 52½, 52½ bz. Juli-August 50½, ½ bz. Br. u. Gd. Sept.-Okt. 50 bz. Okt.-Novbr. 49 bz.

Gefste ohne Geschäft.

Hafer stille, p. 1300 Pfd. loko 32-34 R. 47½ 50 Pfd. pr. Juni 34-33½ R. bz. Juli-August 33½ R.

Erbsen p. 2250 Pfd. Butter 52-54 R. Koch. 56-58 R.

Mais p. 100 Pfd. loko 61½, ½ Sgr. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gefste Hafer Erbsen

60-69 51-53 42-45 32-35 52-57 R.

Reis 15-20 Sgr. Stroh 8-10 R. Kartoffeln 13-15 R.

Rübel wenig verändert, loko 11½ R. Br. pr. Juni und Juni-Juli 11½ R. Br. 1½ Gd. Sept.-Okt. 11½ bz. ½ Gd. u. Br.

Spiritus stille, loko 17½ R. bz. pr. Juni u. Juni-Juli 17 bz. Juli-August 17½, ½ bz. August-Sept. 17½ R. Sept.-Okt. 17 Gd. u. Br.

Angemeldet: 50 Wspel Weizen, 30,000 Quart Spiritus.

Regulierungspreise: Weizen 68½ R. Roggen 52½ R. Rübel

11½ R. Spiritus 17 R.

Petroleum pr. Sept.-Oktbr. 7 R. bz. u. Br. Okt. 7½ R. Br. Novbr. 7½ Gd.

Breslau, 2. Juni. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]

Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, pr. Juni und Juni-Juli 47½-48½ bz.

Br. u. Gd. Juli-August 47½-48 bz. u. Gd. Sept.-Okt. 47½-48½ bz. u. Gd.

Wheat pr. Juni 47 R.

Hafer pr. Juni 48 R.

Lupinen vernahmlich, p. 90 Pfd. 52-54 Sgr.

Rübel fest, loko 11½ R. Br. pr. Juni und Juni-Juli 11½ R. Br. Sept.-Okt. 11½ Gd. Okt.-Novbr. 11½ bz. u. Br. ½ Gd. Nov.-Dezbr. 11½ R. Br.

Juni. Juni-Juli u. Juli-August im Verbande 11½ bz.

Rapsflocken 68-70 Sgr. pr. Ettr.

Reisnüssen 86-88 Sgr. pr. Ettr.

Spiritus wenig verändert, loko 16½ R. Br. 16½ Gd. pr. Juni u. Juni-Juli 16½ bz. u. Gd. Juli-August 16½ R. Br. ½ Gd. August-Sept. 16½ Gd. u. Br. Sept.-Okt. 16½ Gd.

Sink ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission. (Bresl. Börs. Bl.)

Bromberg, 2. Juni. Wind: SW. Witterung: bewölkt. Morgens 8° Wärme. Mittags 11° Wärme.

Weizen, bunt. 128-130 Pfd. hell. (83 Pfd. 24 R. bis 85 Pfd. 4 R. R. Boll. gen.) 68-66 Tdt. pr. 2125 Pfd. Bollgew. heller 131-134 Pfd. hell. (85 Pfd. 23 R. bis 87 Pfd. 22 R. R. Bollgewicht) 67-68 Tdt. pr. 2125 Pfd. Boll. gen. exakt fein weißer 69 Tdt.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 2. Juni 1869.

Preußische Bonds.

Freimüllig Anleihe 4½ 97 R.

Staats-Anl. v. 1869 5 102½ bz.

do. 1854, 56, A. 4 93 bz.

do. 1857 4½ 93½ bz.

do. 1859 4½ 93½ bz.

do. 1856 4½ 93½ bz.

do. 1854 4½ 93½ bz.

do. 1857 A.B.C. 4½ 93½ bz.

do. 1860, 52 zw. 4½ 85½ bz.

do. 1858 4½ 85½ bz.

do. 1862 4½ 84 bz.

do. 1863 A. 4 84 bz.

do. 1864 4½ 82½ bz.

do. Staats-Aktie 3½ 82½ bz.

Präm. El. Anl. 1855 3½ 123 bz.

Kurz. 40 Tdt. Ob. —

Kurz. u. Neuem. Gold 2½ 78½ bz.

Überbetrieb-Akt. 4½ 91½ bz.

Beri. Stadtoblig. 5 101½ bz.

do. do. 49½ bz.

do. 73½ etw bz.

Beri. Börs. Ob. 5 101½ bz.

Berliner 4½ —

Kurz. u. Neuem. 3½ 72½ bz.

do. do. 82½ bz.

do. 73½ bz.

do. do. 82½ bz.

do. do. neue 4 83 bz.

do. do. neue 4 83 bz.

Sächsische 4 78 bz.

do. Lit. A. 4 —

do. do. neue 4 83 bz.

do. do. neue 4 83 bz.

do. do. 88 bz.